

Wöchentlich 55 Bl. monatlich 3,00 M.  
Im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,20 M.  
einjährig 16,00 M. Auslandsendungen  
monatlich 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-  
lich zweimal, Sonntags und Montags  
einmal, die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt  
und Zeit“ und „Kinderzeitung“. Ferner  
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-  
stimme“, „Jugend“, „Bild in die  
Bücherei“ und „Jugend-Vorwärts“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige richtige Kampfbroschüre  
40 Blätter. Reklame etc. 2.— Reichs-  
markt. „Kleine Angelegenheiten“ das ein-  
drucksvolle Wort 20 Blätter. (Wichtig für  
jeden Arbeiter) jedes weitere Wort  
2 Blätter. „Bekanntes das erste  
Wort 15 Blätter, jedes weitere Wort  
10 Blätter. „Worte über 15 Blätter  
sollen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Zeile 60 Blätter. Familienangelegenheiten  
Kommunisten Zeile 40 Blätter. „Angelegen-  
heiten im Hauptstadt“ (Ein-  
druck 2. wochentägig, von 8/7, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Tinkhoff 292-297. Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Wallstr. 65. Diskontogesellschaft, Postfachkonto Lindenstr. 3

# Poincarés große Elßas-Rede.

## Phantastische Behauptungen über „pangermanistische Propaganda“.

Paris, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Poincaré bestieg am Freitag wiederum die Kammertribüne, um über das Elßas zu sprechen. Als klar wurde, daß diesmal die angekündigten Abrechnungen mit den Autonomisten erfolgen sollten, begann die Atmosphäre erhit zu werden. Kaum hatte der Ministerpräsident mit seinen Sätzen begonnen, als sich

von den Bänken der Elßasser laute Proteste

erhoben, die bald die mit Mühe zurückgehaltene Erregung der Kammer auf allen Seiten entsachte. Die Elßasser riefen Poincaré entgegen, er zitiere falsch, er gebe als von autonomistischer Seite stammend aus, was in Wahrheit in einem Blatt geäußert habe, das in Berlin erscheint.

Es entstand ein Tumult, wie ihn die Kammer seit Beginn der nationalen Einheit nicht mehr gesehen hatte. Nur mit großer Mühe gelang es dem Kammerpräsidenten, Poincaré weiter Gehör zu verschaffen.

Der Ministerpräsident begann seine Erklärungen, er habe nun wohl klar-gezeigt, daß weder die Wirtschaftslage, noch die Schutzpolitik der Regierung im Elßas die autonomistische Bewegung rechtfertigen könne. Das Uebel müsse also andere Ursachen haben. Die autonomistischen Umtriebe hätten bereits im Oktober 1918 begonnen. Der Kaiser habe besonders dem Vater des Autonomismus, Haug, den Posten eines Unterstaatssekretärs für Elßas anvertraut. Haug habe sogleich eine Erklärung erlassen. (Hier unterbrach ein Abgeordneter: Sie war gegen Ricklin gerichtet.) Zwei Priester, fuhr Poincaré unbeeinträchtigt fort, hätten ein Manifest zur Rückkehr des Elßas zu Frankreich verbreitet. Die Autonomisten hätten auch später ihre Hoffnungen nicht aufgegeben. Im August 1919 habe eine in Diebenhofen erscheinende Zeitung geschrieben, das Elßas wolle das französische Joch nicht ertragen, das ist noch härter wie das deutsche sei. (Als der Abg. Walter hier unterbrechen wollte, rief ihm Poincaré entgegen: Unterbrechen Sie mich nicht, sonst stelle ich Ihnen Fragen, die Sie in Verlegenheit setzen.) Die Klage, die man im Jahre 1919 erhoben habe, sei genau so berechtigt, wie die heutige. Im September 1919 hätten die Föderalisten die Gründung einer Elßassischen Republik gefordert eventuell unter französischem Protektorat. Zahlreiche Propagandaschriften seien durch eine

autonomistische Propagandazentrale in Baden-Baden

verbreitet worden. Nach den Wahlen vom November, die einen vollständigen Sieg der nationalen Kandidaten gebracht hätten, sei der Autonomismus zusammengebrochen. Aber seine Führer hätten den Willen gehabt, mit ihrer Tätigkeit fortzufahren. Im Jahre 1923 sei auf Veranlassung zweier deutscher Vereine eine Elßas-Lothringische Woche in Baden-Baden abgehalten worden. Dort habe ein Pfarrer sogar festgestellt, daß die Kundgebungen der Bevölkerung im Jahre 1918 von Frankreich bezahlt gewesen seien. Im Jahre 1924 seien auf die Erklärungen der neuen Regierung hin wieder autonomistische Kundgebungen erlassen worden.

Poincaré fuhr dann in seinen Sätzen unbeeinträchtigt fort. In einer Zeitung habe gestanden, die Elßasser müßten die Franzosen mit aller Kraft zurückweisen. Die elßassischen Abgeordneten protestierten hier immer stärker, bei diesen Äußerungen handle es sich lediglich um die Schuldfrage. Poincaré rief ihnen erregt entgegen ob sie diese Artikel etwa verleugneten. Es entspann sich zwischen dem Ministerpräsidenten und einigen elßassischen Abgeordneten ein heftiges Wortgefecht, aus dem hervorging, daß der von ihnen zum Beweis der Heftkampagne der Elßasser zitierte Artikel in Berlin veröffentlicht worden war, und zwar in einem Blatt, das im Elßas verboten war.

Poincaré fuhr fort, eine vom Abbé Haegh im Oktober 1924 herausgegebene Zeitschrift habe einen Artikel über die Rückkehr des Elßas zu Frankreich veröffentlicht. Abg. Walter rief dazwischen, am letzten Dienstag habe der Ministerpräsident einen Artikel unvollständig zitiert. Poincaré erwiderte, trotz aller Ablenkungsmanöver werde er seine Zitate fortführen. Es seien merkwürdige Sympathien zwischen Elßassern und deutschen Autonomisten zu beobachten. In einer anderen Zeitung, der „Zukunft“, ließen sich Beziehungen zwischen den Autonomisten und den Saardeutschen nachweisen. Daher sei die „Zukunft“ verdächtigt geworden. Man könne darin u. a. lesen, daß die Elßasser und Lothringer eine nationale Minderheit seien und ihr eigenes Leben führen wollten. Gerade, als dies geschrieben worden sei, habe die Regierung aber den Elßassern

alle nötigen Zusicherungen bezüglich der Aufrechterhaltung des religiösen Status gegeben. Die Autonomisten sollten also nicht erklären, sie hätten Befürchtungen in religiöser Hinsicht.

Der Ministerpräsident besprach weiter die Neugründung einer autonomistischen Zeitung im Jahre 1926 und zitierte aus ihr Artikel. Damals seien Sanktionen gegen den Autonomisten Rossé von denen gefordert worden, die heute für ihn eintreten. Alles dies sei aber nur ein Anfang. Eine aufmerksame Lektüre der Autonomistenzeitungen ergebe, daß es sich hier um eine Bewegung handle, die auch in der Bretagne und Korsika Boden gefaßt habe. Die „Zukunft“ habe die Autonomie im Rahmen des französischen Staates gefordert, das freie Elßas solle als Mittler zwischen Frankreich und Deutschland dienen. Er habe, fuhr Poincaré fort, von General Bourgeois einen Brief erhalten, in dem auf das Doppelspiel hingewiesen sei, das der Abgeordnete Walter treibe. Er werde ihn am Dienstag verlesen. Er werde resülos alles klar legen, damit die Kammer ihm die Mittel gebe.

dieser abscheulichen Kampagne ein Ende zu machen.

Die Kommunistische Partei im Elßas habe diese Berührungspunkte mit den Autonomisten. Zur Stützung dieser Behauptung verließ der Ministerpräsident eine Serie von Zeltungsauschnitten, u. a. auch von Artikeln des Abg. Dahlet, in denen gefordert wird, daß die Elßasser als nationale Minderheit vom Völkerbund betrachtet werden. Der Abg. Grambach warf ein, daß gerade derselbe Dahlet in einem im Jahre 1922 erschienenen Artikel geschrieben habe, daß Elßas und Lothringen als Sonderorganismus müsse aufgelöst und neu mit dem französischen Organismus vereinigt werden. Die französischen Gelehrten müßten überall Anwendung finden, auch wenn die Bevölkerung ihnen feindlich sei.

Die Sitzung wurde hierauf um 6 Uhr unterbrochen. Nach einhalbstündiger Sitzungspause nimmt Poincaré seinen Redefuß wieder auf. Er beschäftigt sich mit den Zusammenhängen die zwischen den elßassischen Autonomisten und den gleichgesinnten Kreisen in der Bretagne und in Korsika bestanden. Man habe die Elßasser glauben gemacht, daß in verschiedenen Teilen Frankreichs Minderheiten lebten, die sich unterdrückt fühlten, man habe von Frankreich verlangt, daß es diesen angeblichen Minderheiten die gleichen Rechte gebe, die es selbst für die europäischen Minderheiten verlangt habe, und in Genuß sei auf dem Minderheitenkongreß sogar ein Franzose aufgetaucht, der erklärt habe, kein einziges Land Europas umfasse derart viele ungecintete Volksstämme wie gerade Frankreich. Alle die Strömungen hätten natürlich die deutschen Nationalisten nicht ruhig gelassen. Poincaré fährt fort:

Der Propagandafonds im Budget des Deutschen Reiches übersteigt die Summe von 630 Millionen. (???) Wollte man etwa glauben machen, daß die Vorkämpfer des Pangermanismus im Ausland bei dieser Verteilung ganz vergessen würden?

Rur die deutschen Sozialisten läben, welche Gefahr für den Frieden die Propaganda für die Aufrechterhaltung des Pangermanismus im Ausland bedeute. Man könne sich nur schwer vorstellen, welche Massen von Gift täglich im Elßas über die öffentliche Meinung ausgeschüttet würden. Im Colmarer Prozeß habe die Justiz einschreiten müssen. Es sei dabei formell festgestellt worden, behauptet Poincaré, daß einige der Angeklagten bedeutende Geldunterstützungen in Deutschland gesucht hätten. Die französische Regierung habe dann trotz aller Schuld, die sich auf den Hauptern der Angeklagten aufgelüme habe, die Abgeordneten Ricklin und Rossé begnadigt. Man verlange heute aber noch mehr. Wenn es dem Frieden dienete, würde die Regie-

### Dutschnachrichten unbestätigt.

Woldemaras sitzt auf dem Ministerthrone.

Die über Warschau nach Berlin gelangten, sehr ins einzelne gehenden Nachrichten über Dutsch und Gegenputsch in Litauen sind bisher noch unbestätigt geblieben. Nachrichten darüber, was sich nach der Entlassung des Generalstabchefs Plechawizius in Kowno ereignet hat, fehlen ebenfalls.

### Dennoch gespannte Lage?

Königsberg, 1. Februar. (III.)

Die alarmierenden Warschauer Meldungen über Wina, die von einem Militärputsch in Litauen sprechen, beschäftigen sich nicht. Am Freitag nachmittag war in Kowno noch alles ruhig. Aus Litauen herüberdringende Gerüchte deuten jedoch darauf hin, daß die Lage gespannt ist. Entgegen den polnischen Meldungen ist der zurückgetretene Oberst Plechawizius nicht verhaftet, aber unter Bewachung gestellt worden. Außerdem soll der Ministerpräsident Woldemaras die Polizeiwache vor seinem eigenen Hause verstärkt haben.

rung nicht zögern, aber die beiden Begnadigten hätten Frankreich um so wilder angegriffen, so daß eine neue Maßnahme der Räte nicht am Platze sei.

Kein Volk könne Versuche zu seiner Zerstückelung ohne Strafe hinnehmen. Die Regierung müsse die Einheit und Unteilbarkeit Frankreichs verteidigen. Sie verlange daher die nötigen Waffen vom Parlament, ohne die sie nicht mehr länger im Amt bleiben würde.

Doch nicht nur mit den Mitteln der Repression wolle die Regierung vorgehen, sie wolle vor allem die Beziehungen zwischen den Elßassern und den Franzosen verwickeln und sie wolle in Straßburg einen großen Rundfunksender gründen. Die Wiedereinrichtung des Oberkommissariats dagegen sei abzulehnen, denn sie bedeute nichts anderes als die Wiedereinführung jenes künstlichen Gebildes des „Reichslandes Elßas-Lothringen“. Poincaré schließt dann mit einer Aufzählung aller großen patriotischen Taten, die das Elßas seit der großen Revolution mitgemacht hat und mit einem patriotischen Appell an die 1 400 000 Toten des Weltkrieges, die nicht umsonst gestorben seien.

Die gesamte Kammer bereitet ihm minutenlange Ovationen. Alle Abgeordneten erheben sich, nur die Elßasser bleiben trotz mühevoller Proteste demonstrativ sitzen!

Ein rhetorischer Triumph ist nicht immer ein politischer Erfolg. Der höchste Erfolg ist dem französischen Ministerpräsidenten gestern verjagt geblieben, er hat eine Demonstration verursacht, die das Bild nicht der Einigkeit, sondern einer klaffenden Spaltung zurückläßt. Wir sind weit davon entfernt, uns dieser Bilder zu freuen, wir bedauern vielmehr, daß es geboten wurde, denn es kann zu falschen Deutungen Anlaß geben. Ihnen gegenüber muß wieder einmal festgestellt werden, daß es keine Strömung im elßassischen Volke gibt, die eine Trennung von Frankreich will.

Was Herr Poincaré über die Propagandafonds des Deutschen Reiches gesagt hat, ist phantastisch und hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Es ist wiederum tief zu bedauern, daß der französische Ministerpräsident durch solche phantastische Behauptungen das Mißtrauen gegen den Nachbar und Locarno-Partner nährt. Der Colmarer Prozeß hat trotz angestrengter Nachforschungen nicht den leisesten Beweis dafür erbracht, daß sich eine amtliche deutsche oder überhaupt eine deutsche Stelle durch Geldzuwendungen in innere Angelegenheiten Frankreichs eingemischt hat. Daß die deutsche Sozialdemokratie eine solche Einmischung nicht zu dulden gewillt wäre, hat Herr Poincaré selbst gesagt. Aber er kann von ihr nicht verlangen, daß sie etwas bekämpft, was nicht existiert. Sie aber kann von Herrn Poincaré verlangen, daß er das, was er behauptet, endlich einmal auch beweist.

### Versuch einer Entwirrung.

Ein Beitrag zur Wehrdebatte.

Von Paul Levi

Wenn ich von dem Angebot des Genossen Stämpfer, das Meinige zu seinem Auffassungs-„Behrwirrwarr“ zu sagen, Gebrauch mache, bin ich mir der Schwierigkeit bewußt, auf engstem Raum eine der Gedankenrichtung des Genossen Stämpfer völlig entgegengesetzte in Worte zu kleiden. Ich will es damit versuchen, kritisch zur Kritik des Genossen Stämpfer am Wehrprogramm des „Klassenkampfes“ mich zu äußern.

Erstens vermischt Genosse Stämpfer eine scharfe Scheidung zwischen „bürgerlichem Staat“ und „sozialistischer Gesellschaft“, von der übrigens ich — im Gegensatz zum Genossen Stämpfer — nicht der Meinung bin, daß sie zu ihrem Besten des Staates bedürfe. Auch Marx und Engels waren wohl nicht ganz der Meinung des Genossen Stämpfer. Richtig ist: eine Breiterwand zwischen „bürgerlichem Staat“ und „sozialistischem Staat“ gibt es nicht. Das hat auch noch niemand behauptet. Auch Lenin sagt einmal: „Die Arbeiterklasse ist nicht von der bürgerlichen Gesellschaft durch eine chinesische Mauer abgeschlossen und wenn eine Revolution ausbricht, verläuft die Sache nicht so wie beim Tode einer Einzelperson, wo man den Toten hinausträgt. Wenn eine alte Gesellschaft zugrunde geht, kann man nicht den Leichnam in einen Sarg legen, zugageln und in ein Grab verscharrten.“ Aber dieser scharfen Unterscheidung bedarf es auch nicht dann, wenn im Kampf der Klassen sich jede ihre Forderungen oder Interessen auf das schärfste zuspitzt, wie gemeinhin in Revolutionen geschieht. Dann merkt man an der Entscheidung über diese Interessen sehr rasch, wer „herrschende Klasse“ ist.

Auch die englische und französische Bourgeoisie haben nicht „scharf geschieden“ im Sinne des Genossen Stampfer: bis gestern Feudaladel, ab heute Bourgeoisie. Das ergab sich aus der politischen Situation ganz von selbst, so deutlich, daß es alle begriffen, die es anging, Karl I. und Ludwig XVI. eingeschlossen.

Aber die „Übergangszeit“! Genosse Stampfer fragt erstaunt: was ist bürgerlicher Staat, was sozialistische Gesellschaft? Ich frage wieder: Was ist Übergangszeit? Beginnt die Übergangszeit etwa mit der Einführung der Republik? War die französische Republik von 1870 bis . . . ein Übergangsstadium? Gültet die deutsche Republik die Übergangszeit ein? Ist das Bayern, vor dem das Reich 1923 kapituliert, in der „Übergangszeit“ begriffen? Bist nicht am Ende für die deutsche Republik wie auf den Leib geschrieben das Wort von Marx: „. . . diese Republik hat nicht den Thron umgeworfen, sondern nur einen leeren Platz eingenommen. Sie ist nicht als eine soziale Errungenschaft proklamiert worden, sondern als eine nationale Verteidigungsmassregel.“ Man sieht also, mit der Übergangszeit ist nichts zu machen; alles ist Übergang, alles vergänglich, selbst Koalitionsregierungen, deren philosophische Verdrämung die Übergangszeit ist. Proletarischer oder sozialistischer Staat ist da, wo das proletarische Interesse alle politischen Funktionen des Staates so ausschließlich beherrscht, wie es heute das bürgerliche tut.

Zweitens: Wenn aber die Sozialdemokratie die „Mehrheit“ erobert? Dieses ändert den Charakter des Staates nicht. Der ändert sich erst, wenn die Mehrheit es auch versteht, ihren Willen durchzusetzen. Erobern der Mehrheit und Mehrheitswillen durchsetzen ist zweierlei: Das Proletariat in Sachen hätte 1923 die Mehrheit; gewisse Tatsachen haben es daran gehindert, auch nur im schäblichen Rahmen seinen Willen durchzusetzen. Solche Widerstände einer bisher herrschenden Klasse gegen das Stimmzettelresultat werden immer zu erwarten sein; ich kenne keinen Fall in der Geschichte, da eine Klasse gefagt hätte: ich bin die Minderheit, ich danke ab. Jede aufsteigende Klasse bisher hat sich auf die Mehrheit berufen; noch keine aber hat daran gedacht, der herrschenden Klasse den unbedingten Respekt vor der Mehrheit ohne weiteres zu unterstellen. Hätte die deutsche Bourgeoisie den Respekt vor der Mehrheit, so könnte sie schon heute abdanken; denn sie kann aus dem Statistischen Jahrbuch lesen, daß es in Deutschland mehr Proletarier als Bourgeois gibt.

Drittens: Der Entwurf des „Klassenkampfes“ lehnt den Krieg ab seines imperialistischen Charakters ab. „Bisher dachte man — repliziert Genosse Stampfer — die Sozialdemokratie lehne den Krieg überhaupt und für jede Epoche ab.“ Ich weiß nicht recht, was Genosse Stampfer unter „man“ versteht. Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle, August Bebel, Rosa Luxemburg, um nur einige Namen zu nennen, lehnten ihn nicht „überhaupt und für jede Epoche“ ab und waren doch recht beträchtliche Sozialdemokraten. So standen Marx und Engels den nationalen Befreiungskämpfen gar nicht ablehnend gegenüber, nur haben sie bereits 1870 den „Nationalkrieg“ der Bourgeoisie — der einen gegen die andere — für „reinen Regierungsumsturz“ erklärt. Ich scheue davor zurück, so absolut wie Genosse Stampfer, für alle Zeiten und alle Epochen — rückwärts wie vorwärts — den Krieg „abzulehnen“; denn wir werten ja den Krieg nicht moralisch, sondern erfassen ihn als soziologisches Phänomen; fragen nicht, ob gut oder böse, sondern ob für die proletarische Klasse erforderlich oder nicht. Uebrigens deutet Genosse Stampfer von seiner Generallösung eine Ausnahme bereits an: Georgien. Ich kann in dem engen Raum die Frage Georgien nicht erörtern, sie ist auch nebensächlich. Die deutsche Sozialdemokratische Partei geht nämlich in Magdeburg daran, ein Wehrprogramm für Deutschland zu geben und nicht für Georgien, das heißt für ein Land von konkretem, sozialem und politischem Aufbau. Was für Georgien vieldeutig zu diskutieren wäre, ist für Deutschland undisputierbar: daß ein von Deutschland geführter Krieg, sei er begonnen unter welcher politischer oder militärischer Konstellation, ob Verteidigungskrieg oder „Befreiungskrieg“, ob im Völkerbund oder ohne imperialistischen Charakter hat, d. h. gegen das Interesse des Proletariats ist. Es wird nicht erforderlich sein, das weiter auszuführen; auf Wunsch gerne.

Endlich der „Trümmerhaufen“, der nur noch übrig bleibt, wenn die Arbeiterklasse anders als „mit der Waffe des allgemeinen Stimmrechts“ die kapitalistische Klassenherrschaft beseitigt. Erlauben Sie mir, Genosse Stampfer, der „Trümmerhaufen“, den man „rechts“ fürchtet, der ist das haarsträubende Gegenbild des „großen Kladderadatsch“, auf den man bei den Kommunisten hofft und ist die gleiche Utopie und der gleiche Weiberscherz. In Wirklichkeit kommt kein Trümmerhaufen und kein Kladderadatsch: Jede Revolution hat die verworrensten ökonomischen und politischen Verhältnisse vorgefunden — die waren sogar ihre Voraussetzung — und sie hat sie immer geordnet, neu und auf höherer Stufe gestaltet durch einen Akt der Gewalt, der nicht wie ein Kladderadatsch hereinbrach, sondern in wunderbarster logischer Verbundenheit war mit den Interessen einer neu aufkommenden Klasse. Ohne Geschichtsprofessoren an der Spitze, ohne Programme, ohne Thesen, ohne Resolution hat der soziale Trieb das Wunder vollendet. Karl Marx hat uns ja auch nicht gelehrt, das Wunder zu machen: nur es zu erkennen und demgemäß zu handeln. Daher darf auch die Arbeiterklasse nicht aus Angst vor dem „Trümmerhaufen“ hantieren, wenn die Bourgeoisie die große Krise des Krieges herausaufbeschwört, davor zurückschrecken, diese Krise zu beenden in einer Weise, die Rückfälle ausschließt, d. h. zu verhindern, den Sturz der Bourgeoisie zu beschleunigen. „Man könnte fast auf den Gedanken kommen,“ schreibt Genosse Stampfer, „da ein bißchen Krieg sei gar nichts Uebenes, denn dadurch läme man ja zu einem beschleunigten Sturze der Kapitalherrschaft.“ Ich darf daran erinnern, daß der so apostrophierte Satz des Entwurfes des „Klassenkampfes“ nicht das geistige Eigentum der Verfasser, sondern entnommen ist aus der Resolution des Internationalen Kongresses von Stuttgart 1907, bestätigt und wiederholt in Kopenhagen 1910. Niemand hat damals den von Genossen Stampfer erwähnten Nebenbedanken hineingelesen, leider freilich haben auch nur wenige die Hauptgedanken herausgelesen. Es beweist aber nichts gegen die Richtigkeit des Gedankens der Revolutionen, daß sie 1914 nicht begriffen wurden, vielmehr ist die Hoffnung nicht unbegründet, daß gerade die Lehren von 1914 die Forderungen jener Kongresse begreiflich und verständlich machen.

Damit glaube ich das widerlegt zu haben, was Genosse Stampfer negativ zum Programm des „Klassenkampfes“ gesagt hat. Ich fürchte, es würde ein Mißbrauch der gewählten Gastfreundschaft sein, wenn ich noch versuchen wollte, positiv die Gedankengänge darzulegen, auf denen ein dem der Kommunisten entgegengesetzter Programmentwurf beruht.

# Die neue Harmonie der Interessen.

## Unternehmer und Kommunisten Arm in Arm.

In der neuen Gemeinde Finow bei Eberswalde wurde der Kommunist Otto Brömme zum Ortsvorsteher gewählt. Die Wahl hat eine Vorgeschichte. Otto Brömme, Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Eberswalde des DMB, stand mit den Arbeitgebern auf so gutem Fuße, daß bei der Besetzung des Postens des Vorsitzenden des Arbeitsamts Eberswalde im September 1923 alle Unternehmervertreter im Verwaltungsausschuß für Brömme stimmten, während alle Arbeitervertreter für einen Sozialdemokraten eintraten.

Der Kommunist Brömme schloß nun für die Gemeindevorsteherwahl in Finow das nachfolgende Abkommen mit dem Ordnungsbund und den Unternehmervertretern vom Oristiel Messingwerk:

### Abkommen bezüglich Arbeitsgemeinschaft!

Von dem festen Willen getragen, in der neuen Gemeinde Finow dem Gemeinwohl dienende, tatkräftige und vorwärtsstrebende Arbeit zu leisten, schließen die Vertreter der Listen 2, 4 und 5 für die Dauer ihrer Wahlperiode eine Arbeitsgemeinschaft ab.

Die Listen 4 und 5 vereinigen sich zu einer Fraktion mit der Aufgabe, daß jeweils die eine Gruppe den Schöffen, die andere den Fraktionsvorsitzenden stellt.

Die Arbeitsgemeinschaft wählt, da eine Ortsvorsteherwahl gleichzeitig erfolgen muß, Herrn Brömme zum Ortsvorsteher.

Der Ortsvorsteher wird wichtige Punkte vorher in der Arbeitsgemeinschaft besprechen und nur mit dieser zur Durchführung bringen.

Interne Abstimmungen in der Arbeitsgemeinschaft gelten als abgelehnt, wenn sich die Mehrheit nur aus Mitgliedern einer Fraktion zusammensetzt. Zu den wichtigen Angelegenheiten gehören alle Objekte, durch welche die Gemeinde im Laufe eines Etatsjahres

mit mehr als 1000 M. belastet wird. Insbesondere muß vorher eine Einigung erzielt werden in: Etat- und Steuerfragen, Wohnungs- und Straßendbau, Kirchen- und Schulwesen, Gehalts- und Wohlfahrtsfragen.

Der Geist, zum Besten von Finow zu arbeiten, soll Richtlinie dieses Abkommens sein. Sollten sich trotzdem ernsthafte Meinungsverschiedenheiten ergeben, so wird die Besprechung der gleichen Angelegenheit eine Woche später wiederholt. Ist auch hierbei eine Einigung nicht erreichbar, so verpflichten sich die Kontrahenten, einen Schiedspruch unter Juristen anzuerkennen.

Möge dieses Abkommen sich zum allgemeinen Wohl der Gesamtgemeinde Finow auswirken!

Finow (Mark), den 23. Dezember 1923.

F. g. u.

Für die Liste Nr. 2 (KPD):  
O. Brömme, Wag. Stadtk.

Für die Liste Nr. 4 (Messingwerk):  
Rob. Hensel, Wag. Zmangner, Albrecht Braune, Emil Pops,  
J. Benin.

Für die Liste Nr. 5 (Ordnungsbund):  
August Beuster, H. Hildebrandt, H. Oberg, Raab.

Auf Grund dieses Abkommens wurde der Kommunist Brömme mit Hilfe der Unternehmer und des Ordnungsbundes gewählt.

Die Kommunisten in Finow betreiben künftig „revolutionäre“ Gemeindepolitik nach vorheriger Vereinbarung mit dem Ordnungsbund, und wenn man sich nicht einigen kann, ruft man ein Schiedsgericht aus Juristen an! Man berichtet uns, daß die Kommunisten von Finow nach dem Abschluß dieses Bündnisses in voller Verwirrung sind.

# Ministerpräsident Schwegler zurückgetreten.

## Udrzal mit der Nachfolge betraut. — Keine Gesamtdemission aus Angst vor einer Koalitionskrise.

Wrag, 1. Februar. (Eigenbericht.)

Heute hat der seit fast einem Jahr schwer erkrankte Ministerpräsident Schwegler dem Präsidenten der Republik seine Demission überreichen lassen. Der Präsident hat die Demission angenommen und den Verteidigungsminister Udrzal, ebenfalls einen tschechischen Charakter, mit dem Maritz der Regierung betraut.

Seit der Erkrankung Schweglers hat der liberale Fürsorgeminister Schramel als Chef der zweiflügeligen Koalitionspartei den Vorsitz im Ministerrat geführt. In den letzten Monaten verhandelten die Agrarier, an Stelle Schramels einen Agrarier zum stellvertretenden Ministerpräsidenten zu machen; dieser Plan scheiterte jedoch an der Weigerung der liberalen Partei. Die Agrarier lösten sich deshalb in den letzten Tagen genötigt, um die Leitung des Kabinetts wieder in die Hand zu bekommen, ihren bisherigen Standpunkt aufzugeben, daß Schwegler selbst in der Frage seiner Demission die Initiative ergreifen müsse. Gestern erschien eine agrarische Deputation bei Schwegler, die sein Demissions-

gesuch mit nach Hause brachte. Während der ganzen Zeit seiner Erkrankung hatte Schwegler schon nicht den geringsten Einfluß auf das politische Leben, da ihm jede Beschäftigung mit Politik von den Kollegen strengstens verboten wird. Verfassungsrechtlich interessant ist, daß, obwohl der Ministerpräsident gemeldet hat, keineswegs eine — wenn auch nur formale — Gesamtdemission des Kabinetts erfolgte. Auf wie schwachen Füßen das Kabinett und die ganze Koalition stehen, geht schon daraus hervor, daß man sich nicht getraut hat, bei dieser Gelegenheit auch einzelne, schon längst ins Auge gefaßte persönliche Personalveränderungen im Kabinett durchzuführen. Das wäre schon für die Koalition eine zu schwere Belastungsprobe gewesen. Dem neuen Kabinett fällt die schwierige Aufgabe zu, den Bürgerblock, der seit den Landtagswahlen vom 2. Dezember 1923 völlig arbeitsunfähig ist, wieder auf ein — wenn auch nur eng begrenztes — parlamentarischer Arbeitsprogramm zu einigen. Die diesbezüglichen Verhandlungen innerhalb der Koalition gestalten sich außerordentlich schwierig, so daß in der letzten Zeit wiederholt schon Koalitionsblätter die Frage von vorzeitigen Neuwahlen aufwarfen.

## Bayerische Sachlichkeit.

### Man sucht sich herauszureden.

Die Veröffentlichung der Ausführungen des bayerischen Ministerpräsidenten auf einer Pressebesprechung hat die bayerische Regierung in Verlegenheiten versetzt. Die „Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ veröffentlicht deshalb folgende Beruhigungsnotiz:

„Es braucht wohl nicht erst betont zu werden, daß sowohl dem Ministerpräsidenten Dr. Held als auch dem Staatsminister Dr. Schmalz nichts ferner lag, als die bayerische Atmosphäre mit antipreußischen Stimmungen zu erfüllen. Das würde der ganzen bisherigen innersten Haltung und Politik der beiden Minister vollkommen widersprechen. Ohne Rücksicht auf Mißverständnisse im eigenen Lande haben sie bisher immer in einer Politik, die ein ehrliches und aufrichtiges Zusammenwirken mit Preußen ermöglichte, einen Weg gesehen, der zur Behebung mancher innerdeutschen Schwierigkeiten führen könnte, aus denen das Problem Reich und Länder entstanden ist. Es liegt nicht an Bayern, wenn man in Preußen dafür absolut kein Verständnis aufbringen will. Angesichts dieser Lage sei es notwendig, daß sich die bayerische Presse mit den Verhandlungen befaßt. Nur die nötigen sachlichen Unterlagen dafür zu geben, war der Zweck der Pressebesprechung beim Ministerpräsidenten.“

Das ist zu schön erfunden, als daß es mehr als Gelächter hervorrufen könnte. Es ist nicht zu leugnen, daß die Pressebege gegen die „Saupreßen“ in diesem Falle von der Regierung beeinflusst und inspiriert worden ist.

Die „Sachlichkeit“ der Herren Held, Schmalzle und Görtner ist von ganz besonderer Artung — sie sieht der Sachlichkeit von Ruhe und Genossen verzwweifelt ähnlich. Herr Held wurde übrigens vor einigen Tagen im „Straubinger Tagblatt“, dem führenden Organ der Bayerischen Volkspartei in Niederbayern, nicht über charakterisiert. Das Blatt schrieb im Zusammenhang mit der Vorlage über die Staatsvereinfachung:

„Eins möge sich Herr Dr. Held gesagt sein lassen: Mit seinen föderalistischen Sprüchen, die er bisher vom Saipel lassen hat, möge er uns in Zukunft verschonen, man wird ihm weniger glauben, als wollte sie Herr Hilderding herunterlesen. Die Vorlage, so wie sie ist, hat dem Föderalismus einen Bärendienst erwiesen; die Unitarier haben recht, sich ins Fäustchen zu laßen, denn ihre Sache befürzt niemand besser als der Hurra-föderalist Dr. Held.“

Hurräsföderalist Dr. Held! Die Bayern glauben es ihm nicht so — deshalb muß er immer kräftigere Löne gegen die „Saupreßen“ anschlagen.

## Der heuchlerische Kellogg-Pakt.

### Und die aufrichtigen Kommunisten.

Schluß der Freilagung des Reichstags. Stöcker (Komm.) stellt den Antrag, die erste Lesung des „heuchlerischen“ Kellogg-Paktgesetzes mit einer Interpellation über die Strecker-Denkchrift zu verbinden.

Löbe weist die geschäftsordnungsmäßige Unmöglichkeit des Antrags nach und bemerkt, daß er gegen die Bezeichnung eines Paktes, an dem sich auch Sowjetrußland beteiligen wolle, als heuchlerisch nicht einschreiten könne.

Darauf Stöcker: „Bei jeder Gelegenheit zeigen Sie Ihre Bolschewistenfeindschaft!“

Man darf wohl fragen: Wieso?

## Abg. v. Reudell und der Steuerfreier.

### Eine Erklärung v. Reudells.

Am Schluß der Freilagung des Ausschusses für den Reichshaushalt erklärte der deutschnationalen Abgeordnete von Reudell in einer persönlichen Bemerkung:

Wenn der Abg. Dr. Herz aus Zeitungsmeldungen hin über Aussagen im Ärtiker Prozeß behauptet habe, daß die zum Streit auffordernde Resolution des Reichslandbundes mir vorher bekannt gewesen sei, so liegt dem wohl eine Äußerung des Herrn von Tena zugrunde, der einem Mißverständnis dahin zum Opfer gefallen ist, daß er gemeint habe, dem Reichsinnenminister sei diese Resolution vorher bekannt gewesen. Der Verteidiger hat sich diese Behauptung des Herrn von Tena nicht zu eigen gemacht. Ich füge dem persönlich noch hinzu, daß mir weder amtlich noch privat eine solche Äußerung vorher zur Kenntnis gebracht worden ist.

Genosse Dr. Herz erwiderte: Die Richtigstellung, daß Herr von Reudell weder amtlich noch privat von der Steuerfreierklärung etwas gemerkt habe, erledigt die Angelegenheit, soweit Herr von Reudell in Frage komme. Sie ändere aber nichts an der politischen Schlussfolgerung, die er gezogen habe, nämlich der Aufforderung an die Reichsregierung, unbedingt den amtlichen Verkehr mit der Organisation abbrechen, die sich ungeleglicher Handlungen schuldig macht. Von der vorigen Regierung, der Mitglieder angehört, die mit dem Reichslandbund in Beziehungen stehen, war solches Vorgehen nicht zu erwarten. Um so sicherer aber nehme er an, daß die jetzige Regierung seinem Wunsch entsprechend verfahren werde.

# Wird die Große Koalition?

Die Verhandlungen am Freitag.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt:

Auch am Freitag sind die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition fortgeführt worden. Am Vormittag hatte Reichkanzler Hermann Müller zunächst eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten, der sich mit dem bisherigen Vorgehen des Kanzlers vollständig einverstanden erklärte und der Fortsetzung seiner Bemühungen zustimmte. Am Nachmittag fanden nacheinander Besprechungen zwischen dem Reichkanzler und Vertretern der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Sozialdemokratie statt.

Die Situation war am Freitagabend wie folgt: Gegen die Aufnahme von zwei neuen Zentrumministern in das Kabinett wird von keiner Seite Widerspruch erhoben. Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei finden sich auch trotz gewisser Bedenken damit ab, daß eines der notwendigen Portefeuilles durch die Wiederberufung eines Ministers an die Spitze des Ministeriums für die besetzten Gebiete geschaffen wird. Soweit wäre also alles im Reinen. Die Schwierigkeiten liegen nach wie vor in Preußen. Die Volkspartei verlangt die gleichzeitige Umbildung des preussischen Kabinetts und um dies zu ermöglichen, müssen in Preußen eine Reihe von personellen Veränderungen vorgenommen werden. Darüber haben am Freitagnachmittag die preussischen Koalitionsparteien auf Einladung des Ministerpräsidenten Braun gesprochen.

Die in Betracht kommenden drei Parteien zeigten sich grundsätzlich mit der Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei einverstanden. Das Zentrum erklärte aber, daß es an seinen bisherigen drei Kabinettsstellen nicht werde rütteln lassen. Die Sozialdemokraten verlangten um des Gleichgewichts willen die Vermehrung ihrer bisherigen Ministerzahl, während die Demokraten sich von der Aussicht, eine Portefeuille abgeben zu müssen, nicht übermäßig begeistert zeigten. Andererseits sieht es so aus, als ob auch noch gewisse sachliche Voraussetzungen zu erfüllen wären und das Zentrum nicht sehr geneigt ist, die Volkspartei zuzulassen, bevor sie sich nicht wenigstens grundlegend für das geplante Kontrakt ausgesprochen hat. Am Sonnabend wird Ministerpräsident Braun die Führer der Deutschen Volkspartei im preussischen Landtag über das Ergebnis seiner Erörterungen mit den Koalitionsparteien unterrichten.

Inzwischen tut das Zentrum, das es bis vor wenigen Tagen noch sehr wenig eilig hatte, im Reich höchst ungeduldig. Die Drohung, den Verkehrsminister von Guérard aus dem Kabinett zurückzuberufen, wenn nicht sehr bald eine Klärung erfolge, wird jetzt immer deutlicher und nachdrücklicher ausgesprochen. Das Zentrum verlangt seine drei Minister im Reich und seine drei Minister in Preußen. Die Erfüllung der völksparteilichen Forderungen scheint ihm nicht in gleicher Weise dringlich zu sein. Mit ihm über seine Ansprüche zu rechten, ist unangebracht. Aber auf der anderen Seite ist die Methode, mit der es jetzt zum Ziel zu gelangen sucht, doch weder als besonders sympathisch, noch als besonders erfolgversprechend anzusehen. Wenn seine Drohung wahr gemacht würde, so wäre das für die Gestaltung der politischen Verhältnisse im Reich sicherlich nicht angenehm, aber eine Gesamtdemission der Regierung Müller würde es nicht zur Folge haben. Sie würde, wie wir annehmen, zunächst weiter arbeiten und es darauf ankommen lassen, ob das Zentrum sich entschließen könnte, sie im Reichstag kurz vor Beginn der Reparationsverhandlungen durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen. Außerdem würde die Zurückziehung des Herrn von Guérard die Volkspartei wahrscheinlich nicht zu einem Verzicht oder auch zu einer minder energischen Vertretung ihrer preussischen Forderungen veranlassen.

Selbstfalls befinden wir uns immer noch in einem Zustand der Unsicherheit und Ungewißheit. Wir sind optimistisch genug, mit der Wahrscheinlichkeit eines positiven Ausgangs der Verhandlungen zu rechnen, wenn man noch eine kurze Weile Geduld hat. Falls aber eine Partei in diesem Augenblick dazu überläge, die Lösung durch eine Art von Gewaltstreik herbeizuführen zu wollen, so würde sie damit zwar keine akute Krise heraufbeschwören, indessen die Verantwortung auf sich nehmen müssen, den Gegnern der gegenwärtigen Regierung und den Feinden des Parlamentarismus einen willkommenen Dienst erwiesen zu haben.

## Inzucht in der bayerischen Justiz.

Wie man Eifer-Juristen fabriziert.

München, 1. Februar. (Eigenbericht.)

In bayerischen Beamten- und Juristenkreisen erhält sich seit einiger Zeit das Gerücht von Durchstechereien bei der letzten juristischen Staatsprüfung. Einzelnen Affären soll es durch unlautere Manipulationen möglich gewesen sein, eine bessere Note zu erreichen.

In einer offiziellen Erklärung hat der Justizminister Gürtner dieses Gerücht als Schwindel bezeichnet. Jetzt werden jedoch Einzelheiten bekannt, die beweisen, daß die Unteruchung der Angelegenheit durch die Justizverwaltung nicht besonders sorgfältig gewesen ist. Den Durchstechereien liegt offenbar folgender Sachverhalt zugrunde:

Neben den übrigen privaten Vorbereitungskursen und Einpauschungsanstalten für die juristische Staatsprüfung wurde unter Billigung der Justizverwaltung noch ein Sonderkursus veranstaltet, zu dem aber nur etwa 15 Kandidaten, vornehmlich die Söhne besonders hochgestellter Beamter, zugelassen wurden. U. a. durften sich beteiligen der Sohn des früheren Innenministers und jetzigen Generaldirektors der staatlichen Kraftwerke Schwemer sowie zwei Söhne von Räten an Obersten Landogerichten. Die Manipulationen zur Erreichung einer besonderen Note sollen nun darin bestanden haben, daß in diesem Sonderkurs mit aller Gründlichkeit auch Aufgaben und ihre Lösungen besprochen und eingepaukt wurden, die dann bei der staatlichen Prüfung den Prüflingen tatsächlich gestellt wurden. Die Herren des Sonderkurses seien infolgedessen in der Lage gewesen, bei diesen Aufgaben in der Prüfung rasch und sicher brillante Lösungen zu finden, was natürlich nicht ohne Einfluß auf ihre Note bleiben mußte.

Der französischen Delegation zur sozialistischen Vierländerkonferenz in London gehört, außer den bereits genannten fünf Genossen, auch der Abg. Brocks an.

# Schreckliche Kunde aus Bayern.



Der wilde Stamm der Isar-Mohikaner, geführt vom Häuptling „Der große Held“, hat gegen die Schwarzweißfedern in Preußen das Kriegsbeil ausgegraben.

# Das Wartestandsgefesek gescheitert.

Die erforderliche Zweidrittelmehrheit infolge Stimmenthaltungen nicht erreicht.

Im Reichstag berichtete am Freitagnachmittag Abg. Rohmann (Soz.) über die abendliche Ausschussberatung des Gesetzesentwurfs über die Beamten im Wartestand. Es folgt die dritte Beratung, an deren Schluß sechs namentliche Abstimmungen zu erwarten sind, zwei von den Deutschnationalen, vier von den Kommunisten beantragt.

Der Ausschuss hat dem § 4 des Abs. 1 (Verpflichtung zum Dienstantritt auf Aufforderung) noch hinzugefügt, daß das übertragene Amt nicht geringer besoldet werden darf, als nach der nächstniedrigen Besoldungsgruppe der bisherigen Laufbahn. Ferner soll auch die Gemeindedienstzeit eines Wartestandsbeamten zur Hälfte für die Pension eingerechnet werden, und das Gesetz soll statt am 1. Juli bereits am 1. Februar 1929 in Kraft treten.

Auch beantragt der Ausschuss, die Reichsregierung zu erlauben, dafür besorgt zu sein, daß Wartestandsbeamte, die längere Zeit außerplanmäßig beschäftigt werden, wieder planmäßig angestellt werden.

Die Abg. Goffhainer (Dnat.) und Torgler (Komm.) sprechen wie in der ersten und zweiten Beratung wieder gegen das Gesetz.

## Abg. Steinopf (Soz.)

(anfangs von den Kommunisten fortwährend unterbrochen): Herr Torgler hat der Sozialdemokratischen Partei vorgeworfen, daß sie ihre Wohlversprechungen gegenüber den Beamten breche. Wir haben nicht mehr versprochen, als unseren Grundgedanken entspricht, wir wollen sie aufrecht, sind aber freilich nicht geblieben, aus Veranlassung zu machen. Herr Goffhainer hat wieder behauptet, daß die Vorlage verfassungswidrig sei. Wie die Deutschnationalen aber in der Regierung sehen, hat ihr Mitglied Schmidt-Stettin in der „Allgemeinen Deutschen Pensionärzeitung“ geschrieben. Wartestandsbeamte, die den Vorbehalt auf die Höchstpension erlangt haben, sollen sich in den Ruhestand versetzen lassen, zumal wenn sie 60 Jahre alt sind; dadurch erfahren sie keine Beeinträchtigung und über 60 Jahre alte Ruhestandsbeamte würden so wie so unter keinen Umständen bei einer Verwaltung eingestellt werden. (Hört! hört! links.) Wenn man als Regierungsmitglied geschrieben hat, muß man auch in der Opposition noch gewisse Grenzen einhalten.

Abg. Schmidt-Stettin (Dnat.) führt aus, er habe in dem erwähnten Artikel nur der freiwilligen Pensionierung, aber nicht der Zwangspensionierung das Wort geredet. Die Vorlage wolle die Zwangspensionierung und widerspreche dadurch der Verfassung.

Damit ist die Aussprache beendet. In einzelnen und namentlichen Abstimmungen werden die einzelnen Bestimmungen der Vorlage angenommen, Oppositionsentscheidungen abgelehnt. Dabei zeigt sich schon, daß durch die Stimmenthaltung der Bayerischen Volkspartei und der Bauerngruppen das Zustandekommen der hier erforderlichen Zweidrittelmehrheit bedroht.

In der entscheidenden Schlußabstimmung stimmen von den 412 Anwesenden 205 mit Ja, 122 mit Nein und 40 enthalten sich. Die Zweidrittelmehrheit ist nicht erreicht, das Gesetz ist abgelehnt. Auch Zentrumsabgeordnete haben sich der Stimme enthalten und dadurch zum Scheitern der Regierungsvorlage beigetragen.

Es folgt die zweite Beratung der

## Handwerksnovelle zur Gewerbeordnung.

Die Sozialdemokraten beantragten, folgende Bestimmungen einzufügen:

Die Errichtung von Innungsfrankenkassen darf nur erfolgen, wenn die in Betracht kommenden versicherungspflichtigen Arbeitnehmer darüber abgestimmt und sich mit Mehrheit dafür entschieden haben. Die Stimmberechtigung und das Abstimmungsverfahren regeln sich nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Wahl von Kassamitgliedern.

Die Beitragspflicht zur Innung darf sich nur auf diejenigen Gewerbetreibenden erstrecken, die der Regel nach Gesellen und Lehrlinge haben.

## Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius:

Der Antrag über die Innungsfrankenkassen hat mit der Vorlage nichts zu tun. Eine Heraushebung des Wahlalters über 21 Jahre, wie ein anderer Antrag fordert, würde nicht zu rechtlichen sein, weil die Handwerker schon mit 21 Jahren selbständige Meister und Innungsmitglieder werden können.

## Abg. Robert Schmidt-Berlin (Soz.):

1640 000 Betriebe mit 1 bis 50 beschäftigten Personen haben zusammen einen Personalstand von 2 837 327, das sind von der Gesamtzahl der gewerblichen und industriellen Betriebe in Deutschland 87 Proz., und davon sind 781 119 Kleinbetriebe. Zu berücksichtigen ist ferner die große Zahl der Hausindustriellen und die vielen Gewerbetreibenden, die gar keine Beziehung und Verbindung mit dem Handwerk haben. Die Kleinbetriebe ohne fremde Hilfskräfte könnten als

## das Proletariat des Handwerks

bezeichnet werden. Viele dieser kleinen Existenzen würden vielleicht als Arbeiter erheblich besser gestellt sein. Und, wenn sie verständig sind, könnten sie eine solche Stellung bei weitem vorziehen. Aber stattdessen sind sie durch Zwangsorgane selbständige Betriebsinhaber, zum großen Teil infolge des Alters von über 40 Jahren, das ihnen den Übergang zu einer anderen Existenz un-

möglich macht. Sie können also nur als Handwerker ohne Kapital eine recht dürftige Unterlage für ihren Erwerb finden. Diese Leute haben von der Organisation des Handwerks keinen Vorteil. Demgegenüber sehen wir, daß in den Betrieben mit über 50 Beschäftigten 6 890 000 Personen arbeiten. Das beweist den überwiegenden Einfluß des Großbetriebes.

Mit vielen Hoffnungen hat man die Zwangsinnungen begrüßt. Nach der amtlichen Statistik hatten 1928 die Zwangsinnungen 734 976 Mitglieder und die freien Innungen 201 257. Dieses Ergebnis kann nicht imponieren. Selbst wenn ich annehme, daß die Kleinbetriebe mit bis zu fünf Beschäftigten alle den Innungen angehören müßten, so hätten die Innungen nur 64 Proz. der Betriebe als Mitglieder. Und wenn wir die Betriebe mit 6 bis 50 Beschäftigten einrechnen, dann gar nur 50 Proz. Es gibt ja auch sonst keine Erwerbsgruppe, die einen Zwang zur Organisation hat, abgesehen von einigen Kartellen und dergleichen. Darum bedeutet diese geringe Mitgliedschaft zweifellos einen Mangel an Initiative. Welchen Einfluß hat nun die Zwangsorganisation auf die Innehaltung des Handwerks ausgeübt? Gewiß haben manche Innungen schöne Werte und gute Dinge geschaffen, aber heute ist auch in den Innungen selbst die Auffassung über die Zwangsorganisation sehr geteilt.

Und sie wird vielfach als durchaus nicht fördernd verworfen. In den freien Innungen sind vor allem die Aufwandsarbeiten, die gleiche Tendenz und gleicher Auffassung gewisser Aufgaben sind, während durch den Zwang die verschiedenen und am meisten widerstrebenden Elemente zusammengedrückt werden. Die kleinen und Mittelsbetriebe bezeichnen die Aufwandsarbeiten der Innungen als außerordentlich hart und schwer, die Innungen müssen unangenehm machen und sogar Zwangsmassnahmen treffen, um die Beiträge herbeizubekommen. Das Festhalten der Innungen an altem Jungferntum nützt dem Handwerk gar nichts. Viel besser wäre es, durch Bildung großer Berufsgruppen leistungsfähige Organisationen zu schaffen. Zur Beobachtung der Entwicklung wäre eine gute Statistik erforderlich, heute liegen nur die Zahl der Innungen und die Zahlen ihrer Mitglieder vor, während über die Geschäftsabwicklung gar nichts bekannt ist.

Unter Antrag wegen der Innungsfrankenkassen ist vollst. begründet, denn welchen Zweck hat das Weiterbestehen einer Anzahl unbedeutender Innungsfrankenkassen, die nur ein Kontingenzversuch gegen die Deutschnationalen sind, aber gegen diese nichts bedeuten und nur den Arbeiter beim Berufswahl zwingen können, auch sein Krankenversicherungsverhältnis zu ändern. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Die Mitwirkung der Gesellenvereine in den Handwerkskammern entspricht längst nicht der Gleichberechtigung der Arbeiter, die durch Artikel 163 der Reichsverfassung verbürgt ist.

Das Handwerk besteht aus Meistern und Gesellen, daher müssen auch die Gesellen in den Handwerkskammern gleichberechtigt vertreten sein. (Beifall bei den Soz. — Widerspruch rechts.) Bis jetzt ist es nicht gelungen, in der Gesetzgebung eine Grenze zwischen Handwerks- und Fabrikbetrieb zu ziehen, ob dadurch eine Besserung für das Handwerk eintreten würde, ist fraglich. Da die Vorlage nicht sehr tief in die bestehenden Rechtsverhältnisse eingreift, haben wir unsere Bedenken zum Teil zurückgestellt. Ich bin überzeugt, die Opposition allein schafft nicht die Grundlage für das Weiterkommen des Handwerks, wenn sie auch ein Mittel in kräftiger Hand sein kann. Vor allem muß das Handwerk selbst versuchen, aus eigenem die Kraft zu entwickeln, die zu einer Besserung seiner Stellung beitragen kann. (Lebh. Beifall links.)

Abg. Dr. Wenzel (Dnat.): Das Vorhaben der Kammer muß den Innungsverhältnissen bleiben und darf nicht allgemein werden. Die Wahlordnung muß demagogische Wahlmanöver verhindern, die Rechte der Innungen müssen erhalten bleiben. Wir stimmen für die Vorlage.

Abg. Klump (Z.): Wir beantragen Wiederherstellung des vom Ausschuss gefassten § 7, wonach Mitglieder, die der Zwangsinnung anzugehören haben, aus ihrer Innung aussteigen, falls sie sich nicht ausdrücklich weigern.

Abg. Hirt (Komm.): Wir verlangen Wiederherstellung aller Steuerbefreiungen und aller Schulden der Handwerker. (Jurist von der Mittelpartei: Soziale Gerechtigkeit gibt es gar nicht.) Die Kommunistische Partei ist die einzige wahre Vertretung der Handwerker. (Beifall links. — Jurist rechts: Wann kommt das Wort Krasser?)

Die Beratung wird abgebrochen.

Abg. Stöckel (Komm.) verlangt, daß am morgigen Sonnabend in Verbindung mit dem Kellogg-Pakt auch die Interpellation seiner Partei über die Graener-Devisenfrage beraten wird.

Präsident Löbe: Da die gesetzgebungsorganisationsmäßige Frist, in der die Reichsregierung ihre Bereitschaft oder Abweisung zur Interpellationsantwortung zu erklären hat, erst am 5. Februar abläuft, können wir diese Interpellation nicht vorher auf die Tagesordnung stellen. — Sonnabend, 11 Uhr, Kellogg-Pakt, keine Staatsverträge. Schluß 17 Uhr.

Kuchenminister Briand empfing am Freitag den Oberkommissar der Interalliierten Rheinlandkommission Lizard. Ueber den Inhalt der Unterredung ist keinerlei Mitteilung ausgegeben worden.

Pariser Gilbert ist am Freitagmorgen an Bord des Dampfers „Paris“ in La Hore eingetroffen und sofort nach Paris weitergereist. Beim Verlassen des Dampfers erklärte er den anwesenden Pressevertretern, er werde sich sofort auf seinen Posten nach Berlin begeben und sich zur Verfügung der Sachverständigen stellen.



# Feuersicherheit in Warenhäusern.

## Was der Oberbranddirektor Gempy sagt.

Noch dem Brand des Warenhauses Tieh in der Chausseestraße hat sich manchem die Frage aufgebracht, wieviele Menschenleben ein Warenhausbrand fordern würde, wenn er während der Geschäftszeit bei starkem Kaufandrang ausbräche und mit ähnlicher Schnelligkeit um sich griffe. Im Hinblick auf diese Beforgnis sprach gestern in der Kommunalpolitischen Presskonferenz der Oberbranddirektor Gempy über die Frage, wie es um die Feuersicherheit der Warenhäuser steht.

In Deutschland sind, führte er aus, der Bau und die Einrichtung der Warenhäuser schon lange durch Bestimmungen geregelt, die zur Verhütung von Warenhausbränden und zum Schutz der Warenhausbesucher für nötig gehalten werden. Aus den Erfahrungen, die man hier und in anderen Ländern bei Warenhausbränden macht, werden die Vorschriften ergänzt und verbessert. Zu den wichtigsten Aufgaben gehört, dafür zu sorgen, daß bei Ausbruch eines Brandes die Warenhausbesucher geordnete Rückzugswege haben. Diesem Zweck dienen Vorschriften über Zahl und Lage der Treppen und der Ausgänge, über Breite der Gänge und ihre ständige Freihaltung usw. Zur ersten Bekämpfung eines ausflammenden Feuers müssen nicht nur Löscharäte aller Art bereit gehalten werden, sondern jedes große Warenhaus, das neu entsteht, muß jetzt auch mit einer sogenannten Sprinkleranlage ausgerüstet werden. Ein Netz von Wasserleitungen, an den Decken (meist unter Puh) verlegt, durchzieht alle Räume und legt sich bei Ausbruch eines Brandes selbsttätig als Löschvorrichtung in Betrieb. Durch die sich entwickelnde Hitze wird schon bei 70 Grad Celsius der mit Weichmetall geladete Verschluß der über die Decken in mäßigen Abständen verteilten Düsen zum Schmelzen gebracht, und mit großer Gewalt prasselt dann aus ihm ein starker Regen nieder. Diese Wirkung beschränkt sich auf die Düsen über der Brandstelle, während in dem ganzen Hause alle anderen Düsen, da sie von Hitze nicht getroffen werden, geschlossen bleiben. Gleichzeitig wird durch ein selbsttätiges Alarmsystem das Personal alarmiert, so daß sofort auch mit Löscharäten eingegriffen werden kann, bis die herbeigerufene Feuerwehr anrückt. Große Warenhäuser stellen auch aus ihrem Personal eine eigene Hausfeuerwehr zusammen, zu der besonders Personen mit handwerklicher Ausbildung (Schlosser, Tischler usw.) ausgewählt werden. Die Schlagfertigkeit dieser Feuerwehrtruppe kann oft für die Unterdrückung eines Brandes entscheidend sein.

Zu dem Warenhausbrand in der Chausseestraße äußerte der Oberbranddirektor, daß während der Geschäftszeit eine so rasche und verheerende Ausdehnung nicht möglich gewesen wäre, weil die Hausfeuerwehr sofort eingegriffen hätte. Gerade dies, daß der Brand erst nach Geschäftsschluß ausbrach, sei verhängnisvoll gewesen, denn so habe er, zunächst unbefangt, sich unkontrolliert entwickeln können. Was eine Hausfeuerwehr zu leisten vermag, habe man vor nicht langer Zeit bei dem Brand im Warenhaus Tieh in der Leipziger Straße gesehen, der durch schnelles und umsichtiges Eingreifen bald erstickt wurde.

Die Teilnehmer der Konferenz begaben sich dann unter Führung des Oberbranddirektors Gempy und des Stadtrats Ahrens (der im Magistrat das Dezernat für Feuerlöschwesen hat) zum Warenhaus Wertheim in der Leipziger Straße und besichtigten die dortigen Vorkehrungen zur Bekämpfung von Feuergefahr. Das Warenhaus hat selbstverständlich seine eigene Hausfeuerwehr, die bei Eintreffen der Gäste alarmiert wurde und in kürzester Frist zur Stelle war. Im Hause ist eine eigene Feuerwehrrentrale eingerichtet. 200 Glockenpaare können Signale in allen Teilen des ausgedehnten Hauses geben. 166 Feuerwehler sind auf die Räume verteilt, außerdem sind 24 automatische Weiber aufgestellt. Hydranten sind in großer Zahl vorhanden, Handlösch-

gerät steht überall bereit, im Keller stehen sogar drei Motorspritzen. Die neuen Teile des Gebäudes haben auch die Sprinkleranlage. Ein im Keller gemachter Versuch, sie in Tätigkeit zu setzen, gelang sehr gut. Aus der Düse stürzte eine Wassermenge nieder, die wahrscheinlich genügt hätte, einen Brand im Erdstiege zu erstickten. In der Hausfeuerwehr hat jeder seine im voraus bestimmte Aufgabe. Auch das ist vorgesehen, daß die Warenhausbesucher durch Personal zu den sofort weit geöffneten Ausgängen geführt werden.

Der Oberbranddirektor glaubt, annehmen zu dürfen, daß für die Besucher eines vorschriftsmäßig eingerichteten Warenhauses kein Anlaß gegeben ist, sich über die Feuersicherheit zu beunruhigen. Eins müsse allerdings auch von den Besuchern gefordert werden: Ruhe und Besonnenheit im Ernstfall, damit eine Panik verhütet wird, die gefährlicher werden kann als der Brand selber.

## Neuer Dynamitanschlag in Bottrop.

### Das Postamt zum zweiten Mal von Räubern heimgesucht.

Bottrop, 1. Februar.

In der Nacht zum Freitag wurde in die Postagentur II ein Einbruch verübt, wobei versucht wurde, den Geldschrank zu sprengen. Die Täter brachen die Haustür mit einem Stemmeisen auf und gelangten von dort in den im Erdgeschoß gelegenen Dienstraum, in dem der Geldschrank stand. Die Sprengung gelang den Tätern nicht vollständig, da die Tür nicht nachgab. Es wurde nur der Beschlag abgerissen und das Schloß des Geldschrankes beschädigt. Um sich vor Ueberforschungen zu sichern, hatten die Täter die Schlüssellocher der Haustüren zu den Privatengängen von außen mit Holzpflocken verstopft, so daß ein Aufschließen von innen verhindert war. Durch den Knall der Sprengung wurden die im Hause wohnenden Postbeamten wach und riefen um Hilfe, worauf die Täter flüchteten. Es ist ihnen nicht gelungen, irgendeine Beute zu machen. Die Ausföhrung des Einbruches war dieselbe wie die seinerzeit in das Hauptpostamt und in Luggemühle. Es kommen auch dieselben Personen nach dem am Tatort vorgefundenen Spuren in Betracht.

## Noch keine Spur von den Banfräubern

### 40 000 Mark Belohnung!

Zu dem Einbruch in die Depostenkasse in der Kleiststraße erfahren wir, daß nunmehr die Alliance-Versicherung eine Belohnung von 20 000 Mark für die Ermittlung der Täter ausgesetzt hat. Die Bankleitung hätte schon vorher 10 000 Mark angesetzt. Zu diesen Summen kommen weitere 10 000 Mark, die von früheren Einbrüchen in Banken noch ausstehen. Insgesamt also 40 000 Mark, die ausschließlich für Mitteilungen aus dem Publikum bestimmt sind.

Allen bisher eingegangenen Fingerzeigen und Beobachtungen wird natürlich aufs genaueste nachgegangen — Mitteilungen aus dem Publikum nimmt die Dienststelle B. 6 im Zimmer 89 des Polizeipräsidiums, Hausaruf 501, entgegen —, doch hat sich bisher aus keinem eine Spur der Täter ergeben. Gerüchte gingen heute durch die Stadt, daß ein Mitglied der Bande am Kurfürstendam aufgetaucht sei. In einer Bankfiliale erschien nämlich ein Mann, der 60 000 Dollar in deutsches Geld umwechseln wollte. Mit dem ihm gebotenen Tageskurs war er nicht zufrieden, sondern verlangte einen höheren. Diese Forderung und die

Höhe der Summe erregten den Verdacht der Bankbeamten. Sie hielten den Kunden hin, um erst Nachforschungen anzustellen. Inzwischen war aber dem Manne die Zeit zu lang geworden und er entfernte sich mit dem Bemerken, daß er dann sein Geld anderswo wechseln werde. Aus diesem Vorfall entstand sofort das Gerücht, daß einer der Knacker das in den Tresors erbeutete Geld habe umgewechselt wollen.

In der Zentralkasse der Diskonto-Gesellschaft, wohin alles geschafft wurde, was die Einbrecher als für sie unentwendbar zurückließen, sind fast 100 Bankbeamte damit beschäftigt, zu sichten und zu ordnen und den Eigentümern ihre Dokumente und Wertpapiere nach hinreichender Legitimation auszuhandigen.

## Der Betrugsversuch am Reich.

### Drei schwer Verdächtige wollen unschuldig sein.

Die Nachforschungen der Berliner Kriminalpolizei über den Millionenbetrugsversuch, den die polnischen Heereslieferanten Orleanski und Glücksman gemeinsam mit dem früheren Intendanturbeamten Dersuf zum Schaden des Deutschen Reiches verüben wollten, haben durch die Ermittlungen des Kriminalkommissars Seifert zu neuen überraschenden Feststellungen geführt.

Es wurde jetzt festgestellt, daß die von Orleanski vorgelegten Quittungen über angeblich während der letzten Kriegstage im Jahre 1918 getätigte Heereslieferungen an die deutsche Armee in Kongreßpolen gefälscht waren, und daß die polnischen Kaufleute Bescheinigungen vorgelegt hatten, auf Grund deren sie bereits Zahlungen erhalten hatten. Die Erledigungservermerkte der Heeresintendantur waren auf chemischem Wege oder durch absichtliche Tintenlecke unleserlich gemacht, so daß man glauben konnte, daß es sich um unbedingte Forderungen der polnischen Lieferanten handelte. Mithin ist an diesen Betrugsversuchen ist höchstwahrscheinlich der Intendanturbeamte Dersuf, der nicht die ihm vorgelegten Quittungen mit der genügenden Aufmerksamkeit geprüft hat, und dem vorgeworfen wird, daß er mit den polnischen Betrügern unter einer Decke gesteckt hat. Orleanski war bereits in Danzig verhaftet worden, ist dann aber auf Grund eines Haftentlassungsantrages seines Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Fren, auf freien Fuß gesetzt worden, während Glücksman, der sich in Polen befindet, für die deutschen Behörden nicht erreichbar ist. Der Intendanturbeamte befindet sich in Untersuchungshaft. Zwar behauptet er, unschuldig zu sein und will die Erledigungservermerke auf Veranlassung seines Vorgesetzten, des inzwischen verstorbenen Intendanturobersekretärs Jentler ausgeführt haben, da ihm dieser gesagt habe, daß die Lieferungen ordnungsgemäß erfolgt seien. Die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft sehen aber diesen Bekundungen sehr skeptisch gegenüber. Man nimmt an, daß der Beamte bestochen worden ist.

Orleanski und Glücksman, die für die deutschen Truppen Lebensmittel und Ausrüstungsgegenstände aller Art lieferten, haben 1 Million Mark unbeanstandet erhalten, und nur ein Betrag von 300 000 Mark, der auf vier gefälschten Quittungen angefordert wurde, wurde ihnen zum Verhängnis. Erst bei diesen Quittungen wurde man stutzig, und die genauere Nachprüfung ergab, daß sie gefälscht waren. Orleanski und Glücksman wird nun vorgeworfen, daß sie auch bei den ersten Beträgen, die sich, wie gesagt, auf 1 Million Mark bezifferten, verschiedene Summen auf unrechtmäßige Weise von der Heeresverwaltung bzw. von der Staatsverwaltung des Auswärtigen Amtes einlöslich haben, und daß die Lebensmittel und sonstigen Lieferungen überhaupt nicht die Heeresproportionen und Versorgungsämter erreicht haben. Auch Glücksman und Orleanski bestreiten jede Schuld.

## Schuppenbrand bei einem Ufa-Theater.

Im Ufa-Theater in der Turmstraße 26 in Moabit brach gestern nachmittags ein Brand aus, von dem ein auf dem rückwärtigen Hofe gelegener zum Theater gehörender Schuppen betroffen wurde. Das Feuer wurde jedoch bald wieder gelöscht. Verbrannt sind lediglich Batten und sonstiges Holzwerk ohne größeren Wert.

# Der Aufruhr des schieferen Calm

Roman einer Revolution. Von Gerhart Heilmann Mostae

„Wies geht? Nun, man muß zufrieden sein, Herr Ulmer! Die kleine Rente, die mir die Bernburger Schulzeit mitami Ulmerscher Verpflegung und dann noch die paar Universitätsjahre ermöglichte, muß auch hier ausreichen.“ Er wies redselig zum Fenster hinaus. „Sehen Sie, dort oben auf dem Kreuzberg soll dereinst die Burg derer von Gloß gestanden haben. Dem Urenkel, den Herzflaps und Spitzbauch am Raubrittern hindern, und seiner Wohnung sieht man die schloßherrlichen Vorfahren nicht mehr an... Müssen schlechte Verwalter gemessen sein, die Herren von Gloß... Na, nun sehen Sie sich aber erst mal! Was treibt Sie denn herher? Ist Ihr Herr Bruder, der Herr Chormeister, auch da?“

„Ne“, sagte Ulmer, froh, dem ihm nicht ganz verständlichen Redestrom vorerst entronnen zu sein, „weshalb ich hier bin, da hat Ludwig nicht mich mit zu tun.“

„So! Privatgeschäfte!“

„Ne, oo niche — ich komme von'n Votaten Dehkle. Der ist doch hier un verteidigt dän Berdtrat Zinden.“

„Gewiß, ja, seit vier Tagen — seit ein Herr von Trofeg die Vertretung des Justizministers inne hat — wie kam der junge Mann übrigens so plötzlich ins Amt?“

„Weß ich oo niche.“

„Jedenfalls scheints der Bergtrat seither leichter zu haben. Trofeg hat sofort einen anderen Richter eingesetzt, der Zinden wohl will, worauf Dehkle die saule Sache sofort übernahm. — Und Sie wollen auch prozessieren?“

„Ne, das nu frade niche. Es is wäjen dän Landtag. Der Harjoq hat uns an Landtag versprochen, un Dehkle soll uns nu heißen, daß es Kersten oo halen tut.“

„Schau, schau, auch Anhalt-Bernburg drängt nach Freiheit! Na, und was hat Dehkle gesagt?“

„Er wird's schon machen, jat e. In eene Stunde soll ich widder bei'n sin un mich was abholen.“

„So! Nun, als Advokat ist er zweifellos sehr geschickt.. Wollen Sie ihn denn auch ins Parlament wählen?“

„Er mechts jarne!“

„Ein Fuchs, der Dehkle,“ dachte Gloß. Und sah dann lächelnd auf den Schmied: „Das Lebenswerk des Mannes, den ihr künftiger Volksvertreter Dehkle hier gegen recht schwere Anklagen verteidigt, muß Sie doch interessieren! Wir werden also mal ins Bergwerk gehen.“

Ulmer war gern einverstanden, und sie schritten die kurze Straße hinab. Die grauhäutigen, schlaffbrüstigen Frauen in den kleinen, schmutzigen Arbeiterhäusern grüßten Gloß sehr freundlich, und die rohnäsigten Kinder, die in den eben auftauenden Bassen spielten, gaben ihm die dünnfingerigen Hände. Der Herr von Gloß war recht beliebt beim Volke, obgleich er von Adel war.

In seiner Begleitung ließ man deshalb auch den Schmied ungehindert ins Bergwerk. „Ich war selbst seit Jahren nicht drinnen,“ entschuldigte Gloß sein ungeschicktes Laufen in den von schwelenden Dampfen schlecht erhellten Felsgängen. Seine feinen Bekehrtenfinger strichen leicht über den feuchten, kalten Stein. „Darin also versteckt sich das Silber, das die Bernburger Herzöge reich gemacht hat!“

„Woju müssen mir'n denn noch Steiern zahlen, wenn se so reich sin?“ fragte Ulmer. Seine grobe Stimme hallte dumpf in den Grotten.

„Bst!“ machte Gloß ängstlich. „Im Betrieb des Bergtrats Zinden und des Bergmeisters Koch wird nicht politisiert!“ Der Schmied brummelte etwas von allgemeiner Redefreiheit und gab sich schließlich aufrieden.

Ein untersehter, breiter Mann in Uniform, mit vieredigem Gesicht und breitem Schnauzbart, Typ des Offiziers niederer Grade, tauchte aus dem Dunkel und begrüßte Gloß. Der stellte vor: „Herr Bergmeister Koch!“

Der Bergmeister schloß sich den beiden an. Er trug eine Art kurzer Hundeweische in der Hand, mit der er fortgesetzt wippte. „Haben Sie auch soviel Kummer mit Ihren Gefellen wie wir hier mit unferen Knappen?“ fragte er den Schmied.

„Ich kann eesentlich nich klagen.“

„Raja. Sie haben viel weniger und wohl auch anständigeres Personal. Aber hier: Faulheit, Diebstahl, Auffälligkeit — nur keine Arbeit! Ich habe eine richtige militärische Zucht hier einführen müssen! Zwei Offiziere, zwanzig Unteroffiziere sind nötig, um der Bande Herr zu werden!“

Während Koch das laut herausdrallierte, kamen sie an einer erweiterten Stelle vorüber. Zwei Feuer arbeiteten hier, auf dem nackten Rücken zwischen dem tropfenden, nasskalten Stein liegend, trotzdem schwiegend — ihr Fleisch glommt im Dunkel, als sei es faulendes Holz. Der eine wandte, ohne seine Hammerschläge zu unterbrechen, den Kopf nach Koch.

Hatte er nun dessen Worte gehört und wirklich bitter gelächelt, oder war er nur neugierig gewesen, oder hatte er zufällig den Kopf gedreht, — dem Bergmeister schoß sofort das Blut ins Gesicht. Er trat dicht an den Häuer heran: „Warum arbeitest du nicht?“

„Ich arweete jo,“ gab er leise zurück. Er hörte nicht auf zu hämmern.

„Widersprich nicht! Wie heißt du?“

„Jeising, Wilhelm,“ sagte demütig die junge Stimme.

„Ich werde dir dafür die Hälfte vom Tagelohn abziehen.“

„Ach, Kiewer Harr Koch, tun Se doch das niche, bitte —“

„Jammere nicht! Sauf lieber nicht so viel!“ Die Peitsche wippte. Der Hammer pochte noch immer, der junge Häuer magte nicht, die Arbeit zu unterbrechen.

„Bei dän Lohn kann sich keener besaufen!“ knurrte der zweite.

„Maul halten!“ Zischend sauste die Peitsche auf die Brust des Sprechenden. Der hämmerte weiter, indes sein Fleisch rot anlief und zuckte.

„Ich komme gleich wieder!“ drohte der Bergmeister und ging mit den beiden weiter. Er bemerkte gar nicht, daß Gloß zitterte, daß Ulmer zornrot war. Auch sein Gesicht verriet ehrliche Empörung, es sah gerabezu traurig aus.

„Ist das nicht schrecklich, meine Herren, daß man sich hier zum Ochsentnecht erniedrigen muß?“ Ihm traten fast die Tränen innerer Wut in die großen, runden Augen. „Aber es ist nicht anders zu machen mit diesen Schweinen. Und für all seine Arbeit wird man noch angeklagt, wie der Herr Bergtrat...“

Er verabschiedete sich und schritt hallend zu den beiden Arbeitern zurück. Gloß und Ulmer gingen weiter, immer an nackten, schwihenden Häuern vorbei, immer durch Tropfen-geriesel, immer durch Hämmergetommel; über den bleichen Gesichtern der Knappen schimmerte es zuweilen bleich zurück: das Silber des Hernogs von Bernburg.

In einem verlassenen Stollen blieb Ulmer stehen, sah sich vorsichtig um, nur um ein Wort sagen zu dürfen: „Kanaille!“

(Fortsetzung folgt.)

## Tauwetter in Sicht?

Aber noch mindestens zwei Tage strenge Kälte.

Das strenge Frostwetter, das in den gestrigen Nachmittagsstunden in großen Teilen Deutschlands einsetzte, wird, wie wir von weiterföndiger Seite erfahren, wahrscheinlich noch ein bis zwei Tage anhalten. Dann ist mit einer Milderung, ja sogar, wie die Wetterbeobachtungen vermuten lassen, mit Tauwetter zu rechnen.

Ganz besonders hart ist von der Kälte der Südosten und der Nordosten Deutschlands betroffen worden. Ostpreußen und Schlesien melden 28 Grad. In Königsberg sind 24 Grad gemessen worden, in München 17 und in Frankfurt a. Main 11 Grad. Aachen hat dagegen nur 1 Grad minus und meldet Freitagmorgen sogar 3 Grad Wärme. An der westlichen Grenze Deutschlands schneiden die Temperaturen wie mit dem Messer ab. Frankreich hat regnerisches Wetter und bis zu 11 Grad Wärme.

Zur Erklärung für diesen ungeheuren Kälteeinbruch über Deutschland läßt sich kurz sagen, daß ein eisiges Hochdruckgebiet, das über Rußland sich, nach dem Westen vorgestoßen ist und mit gewaltiger Kraft die aufgetommenen wärmeren Tiefen verdrängt hat. Ueber ganz Deutschland, Rußland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und dem ganzen Balkan wölbt sich harter blauer Himmel.

## Sibirische Kälte in Polen.

Warschau, 1. Februar.

In Warschau wurden am Freitag 20 Grad unter Null gemeldet, während die Temperatur in der Gegend von Warschau bis auf 33 Grad gefallen ist. Der von den starken Schneeverwehungen bereits schwer getroffene polnische Eisenbahnverkehr hat jetzt auch noch unter der Kälte zu leiden. Mehrere Eisenbahnzüge blieben wegen zu geringer Dampfentwöndung und Einfrierens verschiedener Maschinenteile auf der Strecke stehen. Im Osten Polens sind mehrere Personen der Kälte zum Opfer gefallen. Die Telefonverbindung mit fast allen Städten Polens ist unterbrochen. Auch der Fernsprecheverkehr mit Berlin, Posen, Kattowiz und Danzig ist auf eine einzige Leitung beschränkt.

## Starke Schneeverwehungen in Dänemark.

Kopenhagen, 1. Februar.

Die Schneeverwehungen in den letzten Tagen haben inzwischen wieder zu starken Verkehrsstörungen in Dänemark geführt. Auf verschiedenen Eisenbahnstrecken blieben Züge im Schnee stecken, sie mußten durch Schneepflüge befreit werden. Am stärksten waren die Schneeverwehungen in Ost-Seeland. Da inzwischen die Kälte zugenommen hat, hat nunmehr auch die Schifffahrt mit großen Schwierigkeiten zu rechnen. In der Nacht zum Freitag blieb eine Eisenbahnfähre, die den Verkehr zwischen Hülland und Seeland versieht, im Eis stecken und konnte erst nach drei Stunden befreit werden. In Korsör haben verschleuderte Dampfer Rettungsboote aufgesucht.

## Seltener Fall von Doppelsehe.

Die erste Frau ein Teufel, die zweite ein treues Herz.

Mit den Worten: „Sie sind ja tot“ wurde zu seinem maßlosen Erlaunen der 52jährige Instrumentenmacher E. auf seinem Polsterbette begrüßt, als er seinen Fortzug von Königsberg nach Berlin annehmen wollte. Wie sich dann herausstellte, handelte es sich um einen jener in letzter Zeit nicht vereinzelt vorkommenden Fälle, in denen jemand amtlich für tot erklärt worden ist und plötzlich wieder lebend auftaucht.

Der Fall, der hier vorlag, war um so merkwürdiger, als der angeblich Tote sich nicht nur der besten Gesundheit, sondern auch des Besitzes von zwei ihm ehelich angetrauten Frauen erfreute. Auf welche Weise er zu den beiden Frauen gekommen war, ergab die Verhandlung vor dem Schöffengericht Mitte gegen Engler wegen Bigamie. Der Angeklagte hatte 1902 geheiratet. Die Ehe war aber sehr unglücklich. Seine Frau bezeichnete er als eine Hyäne, so daß er froh war, als er am zweiten Mobilmachungstage ins Feld rücken mußte. Kam er am Urlaub, so ging das Hülleneben wieder los. Sie brachte ihn nicht einmal bei der Rückkehr ins Feld zum Bahnhof. Während andere Soldaten Liebespakete von ihren Frauen erhielten, bekam er die gemeinsten Briefe. So wurde ihm das Leben derart vergällt, daß er sich überall dorthin meldete, wo die Luft am dicksten war, um auf ehrenhafte Weise den Tod vor dem Feinde zu finden. Mehrfach wurde er verwundet; aber der erlebte Tod kam nicht. Wegen Tapferkeit vor dem Feinde war Engler der erste in der Kampagne, der nach seinem Hauptmann das E. K. I. erhielt. Die Rückkehr dieser Angaben wurde vor Gericht festgestellt. Nach seiner Entlassung vom Militär blieb E. in Königsberg, kümmernte sich nicht mehr um seine Frau und heiratete nun 1919 zum zweiten Male. Auf die Frage, wie er das tun konnte, da er noch nicht geschieden war, erklärte E., daß er mit den Herren so herunter gewesen sei und von seiner ersten Frau und von Berlin nichts mehr hören wollte. An eine Scheidung hatte er gar nicht gedacht. Er habe dann in Königsberg das junge Mädchen kennen gelernt und seine Bedenken gehabt, noch einmal zu heiraten. Dieser Ehe seien drei Kinder entsprossen. „Reine erste Frau war ein Teufel, die zweite ein treues Herz.“ Als nun E. bei seiner Rückkehr 1923 nach Berlin erfuhr, daß seine erste Frau den Verschollenen für tot hatte erklären lassen, beschloß er, die Scheidungsfrage anzustrengen, und die Ehe wurde dann auch ohne weiteres geschieden. Die geschiedene Frau hatte aber durch den Prozeß von der Doppelsehe Kenntnis erhalten und Anzeige erstattet. Das Schöffengericht verurteilte den bisher ungescholtenen Mann wegen Bigamie zur Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist.

## Todesprung aus dem fünften Stockwerk.

Am Freitag nachmittag spielte sich in der Pariser Straße 20 zu Wilmersdorf, in der Nähe des Hebräerplatzes, ein aufregender Vorfall ab. Vom Balkon ihrer im fünften Stockwerk gelegenen Wohnung stürzte sich die 40jährige Film- und Bühnenschauviseurin Frieda Bredow-Weiß auf die Straße hinab. Die Selbstmörderin blieb mit zerstückelten Gliedern tot liegen. Das Motiv zur Tat ist noch ungeklärt.

## „Immertreu“-Woche in Moabit.

Der mit Spannung erwartete Prozeß gegen neun Mitglieder des Vereins „Immertreu“ beginnt am nächsten Montag im Schwurgerichtssaal des Alten Kriminalgerichtsgebäudes vor der Schöffengerichtsabteilung des Amtsgerichtsrats Sponer, und man erwartet von dieser Verhandlung mit einem Aufmarsch von nahezu 100 Zuhörern überraschende Einblicke in das Leben und Treiben der Gannovenvereine der Berliner Unterwelt. Während der Dauer des Prozesses, der möglicherweise eine ganze Woche beanspruchen wird, werden in Moabit und insbesondere im Gerichtssaal und im Zuhörerraum desselben die umfangreichsten Sicherungsmaßnahmen getroffen werden. Die Rechtsanwälte Dr. Alberg, Dr. Frey und Dr. Freudenstein, die die „Immertreu“-Leute verteidigen, haben die Vorstands-

# Weiterentwicklung des Schnellbahnnetzes.

Pläne für eine spätere Zeit. — Innenstadt und Außenbezirke.

Das im „Vorwärts“ schon besprochene fünfjährige Bauprogramm für die nächsten Schnellbahnbauten Berlins ist ein Teil des im „Vorwärts“ gleichfalls schon erwähnten Gesamtplans für die Weiterentwicklung des Berliner Schnellbahnnetzes. Der Ausschussrat der Berliner Verkehrs-Gesellschaft überreicht ihn in einer Denkschrift den städtischen Körperschaften nur zur Kenntnisnahme, weil er nicht für zweckmäßig hält, im voraus mehr festzulegen, als in einem Jahr fünf gebaut werden kann. Dieser Gesamtplan belehrt darüber, wie die zunächst geplanten Bauten sich später in das voll ausgebaute Schnellbahnnetz einfügen sollen. Etwa fünfzehn Jahre wären zum vollen Ausbau erforderlich.

Zwei Hauptaufgaben müssen gelöst werden. Im Stadtinnern, in der sogenannten City, sind noch große Bezirke trotz starken Verkehrs nicht mit Schnellbahnen versorgt. Diese Lücken durch neue Linien auszufüllen, ist dringend nötig. Und die Außenbezirke mit zunehmender Besiedlung harren der Ausdehnung des Schnellbahnnetzes mindestens bis zu den Punkten bequemer Umsteigeverkehrs zwischen Schnellbahn und anderen Verkehrsmitteln (Straßenbahnen usw.). Durch Linienverlängerung kann dieses Verlangen befriedigt werden.

Zur besseren Versorgung der City werden die schon in dem Bauprogramm der nächsten fünf Jahre enthaltenen beiden neuen Linien dienen. Das sind die als Fortsetzung der Linie Friedrichsfelde—Alexanderplatz gedachte Linie vom Alexanderplatz über Vertrauensstraße, Leipziger Straße, Potsdamer Platz bis Steglitz und die Linie von Siemensstadt über Bahnhof Jungfernheide, Moabit, Potsdamer Platz, Hallesches Tor zum Kaiser-Friedrich-Platz. Dazu kommen noch zwei andere Linien, die der Gesamtplan bringt. Vorgeschlagen werden eine Linie von Weißensee über Alexanderplatz, Zeughaus, Brandenburger Tor, Großer Stern, Anie, Sophie-Charlotte-Platz, Bahnhof Heerstraße nach Bichelsdorf und eine Linie vom Bahnhof Landsberger Allee über Böhmingplatz, Jannowbrücke, Jägerstraße, Kemperplatz, Potsdamer Brücke, Büchompark, Zoologischer Garten, Savignypark, Bohnhof Charlottenburg, Meißelände nach Bahnhof Heerstraße. In den Gesamtplan sind weiter noch drei andere Linien aufgenommen worden, die nicht als Hauptlinien gelten können.

aber das Schnellbahnnetz ergänzen würden. Gedacht wird an eine Linie von Warschauer Brücke über Warschauer, Petersburger, Eibinger, Danziger, Eberswalder, Bernauer Straße zum Sietzener Bahnhof und über Neues Tor, Behrer Bahnhof zum Brandenburger Tor. Eine andere Linie soll von See-straße über Bahnhof Pustitzstraße, Bahnhof Tiergarten, Bahnhof Zoologischer Garten zur Kaiserallee (Friedenau) führen. Eine dritte Linie soll vom Kaiser-Friedrich-Platz ausgehen, über Luisenpark, Schleißer Bahnhof, Königstar, Schönhauser Tor, Rosenhaler Tor, Dramenburger Tor, Neues Tor zum Kriminalgericht führen, dann durch den Kleinen Tiergarten über Gustav-Adolf-Platz, Sophie-Charlotte-Platz, Bahnhof Großgörschen und Nordstraße, Simeisaustraße wieder den Kaiser-Friedrich-Platz erreichen und sich über Hermannplatz und Ringbahnhof Neutöllin bis zur Grenzallee fortsetzen.

Mit der Schöpfung neuer Linien muß Schritt halten die Verlängerung von Linien bis in die neuen Verkehrsgebiete der Außenbezirke. Das ist nötig für die Bedienung der Außenbezirke und es ermöglicht auch eine bessere Ausnutzung der teuer gebauten Innenstrecken. Verlängerungen von schon betriebenen oder noch im Bau begriffenen Linien müssen, früher oder später, ausgeführt werden im Norden von Mühlenstraße nach Pankow, von Gesundbrunnen nach Reinickendorf, von See-straße nach Tegel, im Westen von Wilhelmplatz nach Bahnhof Jungfernheide, von Ruhleben nach Spandau, von Uhlendamm nach Halensee, im Süden von Hauptstraße zum Schöneberger Südgelände, von Tempelhofer Platz nach Mariendorf, von Neutöllin nach Britz. Einige dieser Linienverlängerungen sind schon in dem fünfjährigen Bauprogramm vorgesehen. Nur die Weiterführungen nach Jungfernheide, nach Spandau und nach dem Südgelände sollen einer späteren Zeit vorbehalten bleiben.

Der Gesamtplan betrachtet das künftige Schnellbahnnetz Berlins nicht als unabhängig von den anderen Verkehrsmitteln. Er sieht es an als einen Teil des gesamten Netzes von Berliner Verkehrsmitteln und berücksichtigt auch die Beziehungen zu den Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Die Denkschrift betont, daß auch die Weiterentwicklung der Reichsbahnen im Schnellbahnnetz Berlins von größter Wichtigkeit für den Berliner Verkehr ist.

# Der eifersüchtige Sohn.

Weil aus der Geliebten eine Stiefmutter wurde.

Der Fall ist wohl schon öfters dagewesen, daß Stieföhne Liebesverhältnisse mit ihren Stiefmüttern eingehen, letztere aber, daß der Stiefvater die Braut des Stiefsohnes geheiratet und dadurch ein Eiferstüchtdrama heraufbeschworen hat. Eine Gerichtsverhandlung vor dem Landgericht I entlockte solch ein Drama. Zum Glück für alle Teile ist es gut verlaufen.

Der im Jahre 1904 geborene Maler K. besaß einen Stiefvater und eine kranke Mutter. Als er mit der Stiege, einer entfernten Verwandten, auf die auch der Vater ein Auge geworfen hatte, ein Liebesverhältnis einging, mußte sie aus dem Hause und ging nach Amerika. Im Spätsommer 1917 trat eine andere Stiege in den Haushalt ein, die junge F. Der Vater warnte beide, Stiege und Sohn: „Sobald etwas passiert, fliegt ihr aus dem Haus.“ Die Folge davon war, daß die jungen Leute sich außerhalb des Hauses trafen und die Stiege den Sohn, der im Zimmer der Eltern schlief, des nachts durch das Fenster der Kellerrwohnung zu sich hineinließ. Der junge Mensch sprach von Heirat; das junge Mädchen schien nicht abgeneigt; nur zu leichtsinnig war er ihr; er gab nicht nur sein Geld, sondern auch das ihrige aus.

Im März starb die Mutter. Das Verhältnis zwischen den jungen Leuten dauerte an. Als aber Vater, Sohn und Stiege eines Tages zu Besuch auswärts waren, merkte der junge Mensch, daß zwischen dem Stiefvater und seiner Braut etwas im Gange sein müsse. Am nächsten Tage stellte er sie zur Rede und forderte sie auf, das Haus des Vaters zu verlassen und mit ihm zu gehen. Sie weigerte sich und weinte. Der Vater fragte sie später, was los sei. Als sie ihm ihr Leid klagte, mußte der Sohn aus dem Haus, sie blieb. Eifersucht plagte den Ausgestoß-

nen; sie ließ ihm keine Ruhe. Sollte etwa der Vater schon bei Begehren der Mutter mit seiner Braut verkehrt haben? Das mußte er unbedingt wissen. Am 17. Juni erschien er in der Wohnung des Vaters. Durch ein Luftloch über der Tür hatte er sich Zutritt verschafft. Er war gerade dabei, mit dem Rasiermesser das bunte Papier von der Glascheibe der Wohnungszimmertür abzuziehen, um hineinschauen zu können, als die junge F. und die Portierfrau eintraten. Kaum hatte er gefogt: „Du bist immer noch hier? Jetzt kommst du mit mir!“ als sie in tödlicher Angst vor dem Rasiermesser unter Hülserufen flüchtete. Der Kriminalpolizei erklärte er, man solle ihn dabeihalten, sonst würde er seine Tat doch ausführen. Zuerst sie, dann — hier starb er. Er blieb drei Monate in Untersuchungshaft.

Vor Gericht bestritt er, die Absicht gehabt zu haben, das junge Mädchen zu töten. Die frühere Braut und jetzige Stiefmutter des Angeklagten — sie hat seinen Stiefvater im Dezember geheiratet — wolle mit der Sprache nicht recht heraus. Der Verteidiger erzählte aber dem Gericht, daß in seiner Sprechstunde Vater, Sohn und Braut in bestem Einvernehmen zusammen erschienen seien. Er hatte den Eindruck, daß der Sohn wieder bei dem Vater wohnte, sich mit diesem ausgeföhnt habe. Jetzt sei er erneut von ihm gezogen. Der Verteidiger wollte wissen, ob die frühere Braut des Angeklagten, die jetzige Stiefmutter, die intimen Beziehungen nicht wieder aufgenommen hätte. Ihre Antwort ließ keinen Zweifel darüber, Eigentümliche Verhältnisse in dem Hause dieses Stiefvaters. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Es war der Ansicht, daß der junge Mensch keine Tötungsabsichten gehabt habe; sonst hätte er Zeit genug gehabt, dem jungen Mädchen den Hals zu durchschneiden.

## Ausländische Banken müssen bluten.

Fünf Millionen Mark Falschwechsel.

Die gefülltesten Inhaber des inzwischen in Konkurs geratenen Berliner Bankhauses Löwenberg u. Co. haben nach den Ermittlungen des Untersuchungsrichters für annähernd 5 Millionen Reichsmark Falschwechsel in den Verkehr gebracht. Die Hauptgeschädigten sind eine große Pariser Privatbank und mehrere Amsterdamer Banken, die mit Verlusten von etwa 3½ bis 4 Millionen Mark rechnen müssen. Es handelt sich bei den Falschwechseln fast ausschließlich um Wechsel der zum Dessauer Gas-Konzern gehörigen Gesellschaften und einiger schlesi-scher Textilfirmen; sie sind zur Hälfte auf englische Pfunde, zu 40 Prozent auf Dollars und zu 10 Prozent auf Reichsmark ausgestellt. Der verhaftete Prokurist Montag will von den Falschungen nichts gewußt haben. Man nimmt jedoch an, daß er Wechsel ausstellt hat, die bereits von Rappaport unterschrieben waren.

## Zwei Bankbeamte um 9000 Mark beraubt.

Frankenberg (Sachsen), 1. Februar.

Heute vormittag wurden zwei mit einem Geldtransport beauftragte Beamte der hiesigen Filiale der Commerz- und Privatbank in dem Augenblick von zwei etwa 30 bis 35 Jahre alten Männern überfallen, als sie beim Weggang aus der Bank den Hausflur betreten hatten. Den Tätern ist es gelungen, sich einer Kellertasche mit 9000 Mark Inhalt zu bemächtigen und in einem vor der Bank haltenden Mietauto unerkannt zu entkommen.

Weiterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Kontin. verb.): Welt heute mit ziemlich kühlem Frost und klarem Himmel. — Für Deutschland: Im Westen Temperaturen zeitweise über Null, im übrigen Reich heute bei strengem Frost.

mitglieder der Vereine „Norden“ und „Immertreu“ laden lassen. Die Vereine bestreiten, Gannovenorganisationen zu sein; es werde nach den Statuten bei den Mitgliedern auf ein anständiges Verhalten innerhalb und außerhalb des Vereins gesehen. Deshalb gelte auch die Mitgliedschaft bei den Gastwirten, die Personal brauchen, direkt als Empfehlung. Außerdem helfen sich die Mitglieder gegenseitig in der Arbeit aus.

# Funkwinkel.

„Schubert und sein Wert“ wurde von Dr. Erich Formner in einer sehr volkstümlichen Stunde vor das Mikrofon gebracht. Der Komponist wurde in dieser musikalischen Plauderei vielleicht ein bißchen zu gemächlich, stellenweise auch ein bißchen zu lebhaft dargestellt. Trotzdem darf die Veranstaltung als recht gelungen bezeichnet werden. Die Menschen, die dem Wert Schuberts wirklich nahe sind, die es warm und herzlich lieben und die dazu das künstlerische Können besitzen, um dieses Werk anderen lebendig zu machen, hatten sich hier zusammengetan, um die große Schubert-Gesamte zu erfreuen und dem Komponisten neue wahrhafte Freunde zu werden. — Eine halbe Stunde „Musik der Gegenwart“ wendete sich dagegen in erster Linie an musikalisch Gebildete. Zwei junge russische Komponisten wurden den Hörern vorgeführt. Kurt von Wolpert gab als Einführung einen recht klar entworfenen Ueberblick über die moderne russische Musik. Merkwürdigerweise sind die Werke, die man dann hörte, trotz ihrer ungewöhnlichen Qualität doch als weit mehr epigonenhaft, als Wolpert es wahr haben wollte. — Ein Vortrag von Dr. Max Weiß „Ernährung des Arbeiters und der Arbeiterfamilie“ läßt an dem Grundfehler, daß der Vortragende zwei Theorien gab. Praktische Ratschläge für Wahlzeiten — ohne Preisangabe, da diese durch ihre irreführenden Zahlen die Hörer nur verärgern könnte — hätten in weit umfassenderem Maße gegeben werden müssen, wenn die Ausführungen wirklich Nutzen stiften sollten. Les.

## Karl Kautsky: Lenchen Demuth

In seiner Unterhaltungsbeilage vom 15. Januar bringt der „Vorwärts“ einen Abriss des Wirkens des treuen Hausgeistes der Familie Marx, Helene Demuth. Der Verfasser ist ein Dichter, Herberz Eulenberg, und darf als solcher das Vorrecht dichterischer Eigenen für sich in Anspruch nehmen. Sie beleben unzweifelhaft die Darstellung. Da aber mancher Leser das Ganze nicht als ein Gemisch von Dichtung und Wahrheit, sondern als eine streng historische Darstellung betrachten könnte, erscheint es mir nicht überflüssig, eine Trennung der Dichtung von der Wahrheit vorzunehmen. Unter den heute Lebenden bin ich ja neben Eduard Bernstein wohl der einzige Sozialdemokrat deutscher Zunge, der unter Lenchen persönlich gekannt hat.

Vor allem überrascht mich der Dialekt, den Eulenberg Lenchen Demuth reden läßt. Ich bin mit den deutschen Mundarten nicht vertraut genug, um erkennen zu können, wo der Dialekt gesprochen wird, den der Dichter unserem Lenchen in den Mund legt. Sicher aber weiß ich, daß sie diesen Dialekt zu der Zeit, wo ich sie kennenlernte (1881), nicht sprach.

In St. Wendel geboren, in der Rheinprovinz, dicht an der Grenze der Pfalz, mag sie ursprünglich moselfränkisch oder pfälzisch gesprochen haben. In der Familie Marx legte sie diesen Dialekt ab. Ich hörte sie in London das gleiche Hochdeutsch reden, wie die übrigen Mitglieder der Familie, der sie als Gleichberechtigte und Gleichgeachtete angehörte, in der sie auch, wie jedes der anderen, ihren Spitznamen trug, den Eulenberg nicht erwähnt. Sie wurde gewöhnlich Kim oder Rummy genannt, ebenso wie schriftdeutsch sprach sie in England auch englisch. Keineswegs aber auch nur einen Anklang des von Eulenberg ihr zugeschriebenen Dialekts.

Mit Recht betont Eulenberg die rührende Hingabe Rimmys an die Familie Marx. Bei der Art, diese Hingabe zu illustrieren, ist er allerdings weniger glücklich. So wenn er schreibt:

„Sie stopfte und stückte, was ausbesserungsbedürftig im Hause war, bis auf die seidene Schnur an dem Einglas, das Marx auf der Straße trug.“

Wir fehlt das dichterische Vermögen, um herausfinden zu können, wie so ein dünnes Schnürchen gestopft und gestückt werden kann.

Wir müssen Eulenberg zustimmen, wenn er berichtet: „Sie zog die Kinder von Karl und Jenny Marx auf, als ob es ihre eigenen gewesen wären“, indes über die Kinder selbst läßt er seiner Phantasie die Zügel schiefen. Es ist nicht richtig, daß das dritte Kind von Karl Marx, Edgar, „der einzige Knabe war“. Zu diesem, der 1847 geboren wurde und 1855 starb, gefolgt sich 1849 noch ein weiterer, Pawles Heinrich, der zwei Jahre alt starb.

Nicht minder irrt Eulenberg, wenn er Eleanor, genannt Luffy, das jüngste Kind der Familie als „das schwächste Wesen unter den leider meist schwächlichen Kindern von Jenny und Marx“ bezeichnet. Sie war vielmehr das robusteste unter ihnen, außerordentlich fräftig und arbeitsfähig. Sie würde vielleicht heute noch leben, wenn sie nicht aus Verzweiflung über ihren unwürdigen Lebensgefährten ihrem Leben freiwillig ein Ende gemacht hätte.

Ein ganz falsches Bild von der geistigen Verfassung des Hauses Marx erhält man, wenn man über Lenchen liest:

„Sie war die einzige, die ob und zu noch durch ein rheinisches Wöhnen und Dönschen ein Lachen aus dem blassen Gesicht ihrer Herrin hernorruhen konnten, die leider von all ihren Sorgen früh gealtert und verweltet war.“

Tatsache ist, daß sich die Familie Marx nie unterkriegen ließ. In den ersten Hungerjahren des Londoner Exils muß allerdings trotz aller Tapferkeit, die Stimmung im Hause nichts weniger als rosig gewesen sein. Aber im allgemeinen wurde mir von den verschiedensten Mitgliedern und Freunden der Familie übereinstimmend versichert, daß selten irgendwo eine solche Heiterkeit, eine solche Reizung, zu finden war, wie dort. Momentlich Karl (Wohr) und seine Frau konnten bei dem geringsten Anlaß ein fröhliches Gelächter ausströmen.

Über ihre Mutter schrieb einmal Eleanor Marx an Wilhelm Liebknecht:

„Und nun noch ein Wort vom Mütterchen. Sie starb monatelang und erduldet alle menschlichen Qualen, welche die Krebskrankheit mit sich bringt. Und doch hatte ihr guter Humor, ihr unerschöpflicher Witz, den Du ja kennst, sie keinen Augenblick verlassen. Sie erkundigte sich ungeduldig, wie ein Kind, nach dem Ergebnis der damaligen Wahlen in Deutschland (1881), und wie jubelte sie über die Siege! Bis zu ihrem Tod war sie heiter und lachte durch Schmerz unsere Zukunft um sie zu zerstreuen. Ja, sie — die so furchtbar litt — sie scherzte, sie lachte — sie lachte uns alle und den Argen aus, weil wir so ernsthaft waren.“

Lenchen war also nicht die einzige, die ein Lachen bei ihr ab und zu noch hervorruhen konnte. Und Frau Marx war auch keineswegs „früh gealtert und verweltet“. Ich lernte sie im März 1881 kennen, sie war damals 67 Jahre alt und schwerkrank, trotzdem fand ich sie für ihr Alter merkwürdig gut aussehend. Ihre Augen waren keineswegs „von vielen Weinen matt und glanzlos geworden“, sondern leuchteten noch in großer Frische.

Doch das alles sind ja nicht so wichtige Details. Was mich unangenehm in dem Bild Eulenbergs berührt, ist die Unterschätzung der Leistungen Rimmys, zu der es verführen kann. Denn er spricht wohl mit größter Achtung von ihrer Selbstlosigkeit und mütterlichen Sorgfalt, aber von einem spricht er nicht, von ihrer Intelligenz.

Sie war keineswegs jenes „fromm gebildete rheinische Gemüt“, als das Eulenberg sie erscheinen läßt, sondern nahm an dem Gesehene im Hause Marx regen Anteil und war befähigt, verständnisvoll daran teilzunehmen. Nicht an seinen Theorien, wohl aber an seiner Politik. Und Marx verschmähte es keineswegs, ihren Rat auch in ernstlichen Dingen einzuholen, ebenso wie den seiner Frau.

Nur ein Beispiel. Wie das ganze Haus Marx liebte auch Rummy Ferdinand Lassalle nicht. Sie mißtraute ihm in besonders hohem Maße. Als Marx daran ging, ihm 1858 sein Manuskript „zur Kritik der politischen Ökonomie“ zu senden, damit er es einem deutschen Verleger übergebe, sagte sie, wie sie mir selbst erzählte und wie mir von anderer Seite bestätigt wurde:

„Herz Marx, ich warne, Sie ihm das Manuskript anzuvertrauen. Er wird es nicht einem Verleger übermitteln, sondern die Ideen, die er darin findet selbst als die seinen veröffentlichen.“

Marx hatte größeres Vertrauen zu Lassalle und folgte nicht dem Rat. Aber der Vorfall zeigt, daß sich Rummy nicht bloß ums Kochen, Waschen, Flicken und Kinderpflegen kümmerte. Bezeichnend ist es auch, daß Marx gern mit ihr Schach spielte und manche Partien an sie verlor.

Dieselbe verständnisvolle Freundin, die sie für Marx gewesen, wurde sie nach dessen Tode für Engels. Man bekommt eine ganz irrige Vorstellung, wenn man über das Verhältnis der beiden nach dem Tode der Frau Marx liest:

„Häufig kam jetzt zu Lenchens Freude Friedrich Engels, der ganz nach London übergesiedelt war, den einluden Marx zu besuchen. Und das fürsorgliche Mädchen suchte es dann den beiden so behaglich wie möglich zu machen, wenn sie auch im Traum nicht dachte, die herrliche, entschuldene Herrin, die mit den klugen Männern hin und her geredet hatte, ersetzen zu können.“

Engels war schon 1870 nach London übergesiedelt und seitdem war kaum ein Tag vergangen, an dem sich nicht die beiden Freunde gesehen hätten. Es kann also keine Rede davon sein, daß Engels nun, nach Jennys Tode, häufiger kam, den einluden Marx zu besuchen. In der Häufigkeit ihres Verkehrs änderte sich gar nichts. Und mit den „klugen Männern hin und her zu reden“, war für das „fürsorgliche Mädchen“ gar nichts Besonderes.

Und ebenso erweist es einen falschen Eindruck, wenn es von Rummy nach Marx Tode heißt, daß sie „von Engels unterstützt, sorgenlos einzig dem Andenken der beiden geliebten Menschen lebte“.

In Wirklichkeit bedurfte damals Engels mehr Rimmys Unterstützung, als sie der seinie.

Engels war Witwer. Nach dem Tode seiner Frau hatte deren Richte ihm die Wirtschaft geführt. Die hatte aber kurz vor Marx Tode geheiratet und Engels brauchte nun eine kluge Leiterin seines Haushalts dringend notwendig.

Als solche trat Helene Demuth in sein Haus ein. Sie hatte dort mehr zu tun, als „einzig dem Andenken der beiden geliebten Menschen zu leben“. Sie war dort tätig, nicht nur als Wirtschaftlerin, sondern auch als Freundin, von allen geliebt und geehrt, die Engels besuchten. Und das waren nicht wenige, denn gerade damals begann ein neuer Aufschwung des internationalen Sozialismus, den Marx leider nicht mehr erleben sollte, ein Aufschwung, durch den das Engelsche Haus ein Zentrum wurde, in dem sich marxistisch denkende Sozialisten aller Länder trafen. Keiner schied ohne größte Achtung und Sympathie für die ebenso kluge wie tapfere, selbstlose und energische Frau. Keiner von ihnen wäre auf den Gedanken gekommen, den Eulenberg Engels zuschreibt; und mit dem er seine Darstellung schließt:

„Sie sonderbar, daß das Proletariat Marx, diesem kühnsten Vorkämpfer, in diesem gefügigen Mädchen eine Stütze gegeben hat.“

Richt die Gefügigkeit gehörte unter die bezeichnenden Eigenschaften Helene Demuths, trotz ihres Namens. Sie war wohl ein-

fach und beschelden, dabei aber eine ebenso selbständig denkende wie selbständig handelnde Persönlichkeit und ihre Hingabe an die Familie Marx und dann an das Engelsche Haus entsprang überzeugter Hochachtung vor menschlicher Größe, unendlichem Mitleid mit menschlichem Leid, nicht blinder Unterwürfigkeit.

Marx' Freundin Demuth war nicht eine gefügig-fromme Hausfrau, die über Küche und Kinderstube nicht hinausjah. Es war nicht paradox, wenn sie dem „kühnsten Vorkämpfer des Proletariats“ eine Stütze wurde.

Nur ein Punkt in ihrem Dasein scheint in Widerspruch zu der Hochachtung und Gleichberechtigung zu stehen, deren sie sich erzieute. Dieser Punkt hatte heute noch der Klärung. Helene Demuth hatte einen Sohn, Friedrich (Freddy). Er wohnte nicht bei der Mutter, besuchte sie öfter, aber nur in der Küche — wenigstens, seitdem sie bei Engels wohnte. Nie tauchte er in Engels Zimmer auf. Ich hörte von ihm, bekam ihn jedoch nie zu Gesicht.

Rummy sprach mit Engels Freunden nie über ihn, um so mehr wurde über ihn gemunkelt. Auf die verschiedensten Böier wurde geraten, so auf Wilhelm Wolff, dem Marx den ersten Band des Kapital widmete, so auf Marx selbst. Seine Töchter haben letzteres stets bestritten und es ist auch durchaus unwahrscheinlich. In dem Verhältnis zwischen Frau Marx und Rummy änderte das Kind nicht das mindeste. Wäre Jenny Marx hochstimmig genug gewesen, trotz der Eheirrung Helene im Hause weiterhin zu behalten, dann hätte sie gewiß auch Wert darauf gelegt, daß das Kind ebenfalls im Hause blieb. Und Marx, der jedes seiner Kinder aufs zärtlichste liebte, und aufs sorgsamste erzog, hätte es unter diesen Umständen nicht übers Herz gebracht, den einzigen Sohn, der ihm heranwuchs, in der Art Rousseaus zu behandeln. Wenn von Freddy so wenig Wesens gemacht wurde, so läßt das daraus schließen, daß sein Vater weder im Hause Marx selbst noch auch nur bei einem der Freunde des Hauses gesucht wurde. Er wird ein für die Familie uninteressanter Fremder gewesen sein.

Für Marx' Töchter aber blieb Freddy ein lieber Gefährte. Als Luffy von ihrem Lebensgefährten Koeling schändlich verraten wurde, da war der einfache Arbeiter Freddy der einzige, dem sie ihr Leid offenbarte. Die erschütternden Briefe, die sie ihm 1867 schrieb, geben den besten Aufschluß über die Motive, die sie im Frühjahr 1868 zu ihrer unglückseligen Tat trieben. Freddy war in seiner Art ebenso bescheiden, ebenso tüchtig und treu, wie seine Mutter.

Was aus ihm geworden ist, weiß ich nicht. In der sozialistischen Bewegung Englands trat er nicht hervor. Aber er könnte, wenn er noch leben sollte, manchen wichtigen Aufschluß über die Marx'sche Familie geben.

Ein Glück, daß Herbert Eulenberg nichts von der Existenz Freddy Demuths wußte, die bis heute von einem geheimnisvollen Schleier umhoben wird. Was alles wußte er uns nicht über ihn zu erzählen!

## Alfred Brehm als Volksbildner Zum heutigen 100. Geburtstag

Ueber die Bedeutung von Brehms „Tierleben“ als naturwissenschaftliches Bildungsmittel unseres Volkes noch etwas zu sagen, hieße nach dem alten Worte „Eulen nach Athen tragen“, etwas, was jeder wohl, von neuem behaupten. Kein anderes Kulturvolk kann bis heute diesem Werte etwas Ebenbürtiges an die Seite stellen, und der Bildungs- und Erziehungslehren, der von dem „Tierleben“ seit seinem ersten Erscheinen (1869) ausging, wird nunmehr, da es viele billige Ausgaben davon gibt, noch viel weiter und viel tiefer wirken. Brehm hat sich ganz bewußt als Volksbildner, d. h. als Vorkämpfer für Verbreitung wahren Wissens gefühlt. Das kommt nirgends klarer zum Ausdruck als in jenen Sätzen, die er seinem — eigentlich von mir wieder ausgegebenen — Berichte über Gründung und Anlage des Berliner Aquariums (1869) vorangestellt hat. In dem von der Brehm-Gesellschaft kürzlich herausgegebenen Gedenkbuch zum hundertsten Geburtstag des Forschers („Brehm-Buch“) habe ich die Gründungsgeschichte ausführlich dargestellt. An dieser Stelle will ich Brehms für die damalige Zeit recht kühnes Bekenntnis zur Naturwissenschaft und zum Volke mitteilen.

„Verallgemeinerung des Wissens“, beginnt es, Bildung eines selbständigen Urteils auf Grund eigener Anschauung sind die Ziele, die unsere Zeit vor allen anderen verfolgt, um zur Erfüllung ihres Wahn- und Wahrspruchs: „Natürliche Anschauung der Dinge“ zu gelangen. Mit diesem Wahn- und Wahrspruch treten die Vorgesetzten unserer Tage den Rückständigen gegenüber; in seinem Sinne kämpfen sie gegen Wahn und Verhummung und erobern sich, wenn auch langsam, so doch stetig eins nach dem anderen der von dieser bisher beherrschten Gebiete. Natürliche Anschauung der Dinge ist die Triebfeder gewesen aller Ummäzungen, die die neuere Geschichte zu verzeichnen gehabt hat. Natürliche Anschauung der Dinge eint oder scheidet die Völker, wirkt moralische Träne um, zerreiht vergilbte Pergamente und bricht richtend den Stab über die Verirrungen verdamnungswürdiger Völkern und anderer Dunkelmänner ähnlichen Geistes. Natürliche Anschauung der Dinge macht die Wissenschaft und mit ihr den Menschen frei von Schulzwang und durch das Alter begünstigter Schöpfung.“

Das Berliner Aquarium, fährt der Renthendorfer Pfarrerssohn fort, trage diesen Wahn- und Wahrspruch der Zeit, wenn auch unsichtbar, an seiner Eingangspforte. Denn es will dazu beitragen helfen, das Wissen auf einem Gebiete zu verallgemeinern, das in Berlin zwar niemals vernachlässigt, aber doch auch niemals vollständig gemacht worden ist. Es will versuchen, durch eigene Anschauung und dazu-

gegebene Erläuterung zu belehren und innerhalb seines Bereichs die Aufklärung zu fördern.“

Kein Vernünftiger wird in Abrede stellen wollen, daß solches Streben ein durchaus zeitgemäßes ist. Die Naturwissenschaft in ihrem vollen Umfange ist es, die unsere Zeit regiert, und gleichwohl wird sie noch heutzutage in unseren Schulen mit einer Leichtfertigkeit behandelt, daß man zur Erklärung beinahe einen Widerwillen der Lehrer oder der die Lehrer Beherrschenden annehmen möchte. Wir entfremden uns, je älter wir werden, immer mehr der Natur, vergessen mit den Jahren der tierischen Geplien unserer Jugend und gelangen keineswegs immer dahin, zu erkennen, daß die Freude unseres Kindes am Tier, an der Pflanze, am Gestein, ein berechtigtes Streben desselben ist, mit den Erzeugnissen unserer Heimat, der Erde, vertraut zu werden. Solcher Entfremdung hofft auch das Berliner Aquarium steuern zu helfen. . . .

Ich wiederhole, das ist für die damalige Zeit ein recht kühnes Bekenntnis. Wie ernst es Brehm mit dieser seiner Anschauung war, bezeugt auch die Einleitung zur ersten Auflage seiner Tierlebens, die im „Brehm-Buch“ nach dem Manuskript wiedergegeben ist. Sie zeigt uns, wie der Forscher damals ganz in den Gedankengängen Darwins lebte, dessen „Entstehung der Arten“ 1859 erschienen war, dessen „Abstammung des Menschen“ aber erst 1871 an die Öffentlichkeit trat. Brehm verortet in diesen Sätzen das, was Haeckel nachmals den „anthropozentrischen Ueberplanken“ nannte, jene auf die Bibel sich stützende Anschauung, daß der Mensch auf Erden etwas ganz Besonderes sei. So mögen denn zum Gedenktage Alfred Brehms auch diese seine Worte, die in den späteren Ausgaben merkwürdigerweise fehlen, hier wieder eine Stätte finden.

„In jedem Menschen“, schreibt Brehm, „lebt das Bewußtsein seiner Würde. Unser Gefühl sträubt sich gegen den Gedanken, daß es auf unserer Erde außer uns noch Wesen geben könne, die als unsere Verwandten angeleben werden dürfen. Wir besöffern sogar die fernsten Welten, die als Sterne zu uns heraberscheinen, mit Gestalten unserer Phantasie, die uns im Wesentlichen gleichen, oder beanspruchen diese Welten zum Aufenthalt von uns geschiedener Erdenbürger. In uns selbst glauben wir ein Wesen zu erkennen, das außerhalb jeden Verbandes mit anderen steht. Sogar „Naturforscher“ bemühen sich, derartige Ansichten zu verfechten.“

Das zeigt den ganzen, zeigt den wahren Brehm, der den allermeisten „Naturwissenschaftlern“ in der Erkenntnis der Wahrheit, in der „natürlichen Anschauung der Dinge“ und den Folgerungen daraus weit vorgeeilt war.

Dr. Adolf Heilborn.

## D. Luschmal: Zwei Freunde

Zwei Freunde gingen den Weg, der ihnen von früher Jugend her vertraut war. Rißiglich bog der eins ab und schritt querfeldein.

„Wo willst du hin?“ fragte der andere.

„Dort bewegt sich etwas, das aussieht wie ein Mensch.“

„Das ist der Wind in den Akerfurchen oder ein paar Holme vom vorigen Herbst.“

Der Abwegige ging weiter und kam zu dem Punkt, den er meinte. Dort beugte er sich nieder und betrachtete den Erdboden. Der Freund wartete eine Zeit. Als der andere nicht wiederkam, wurde er begierig, zu erfahren, was dort wohl liegen mochte. Er begab sich auch an jene Stelle. Da erblickte er eine tote Frau und ein schlafendes Kind. Ergriffen von diesem Anblick fragte er: „Was mag hier geschehen sein?“

„Die Frau hat das Kind zur Welt gebracht und ist gestorben, weil keine Hilfe kam. Die Erde ist schwarz von ihrem Blut. Wir wollen die Mutter begraben und das Kind mit uns nehmen, damit es nicht ausgrunde geht.“

Sie begruben die Mutter in der Akererde. Während der erste mit dem Kinde im Arm den Heimweg antrat, rief der andere erschüttert: „Welcher Gott hat dies verschuldet?“

„Der Gott der Liebe und des Todes.“

Dieser Gott ist ein scheußliches Ungeheuer. Er tötet, wie wenn man Distanz köpft. Ich werde es ihm heimzahlen mit Tod.“

Der Freund betrachtete das schlafende Kind in seinem Arm und sagte:

„Ich werde es ihm heimzahlen mit Liebe.“

Sie gingen schweigend nebeneinander nach Hause. Sie trennten sich, ohne einander ins Gesicht zu sehen. Eine Wand war zwischen ihnen aufgerichtet, die unübersteigbar schien.

# Keine Vernunft an der Ruhr!

Herr Schlenker präsentiert den Wechsel für das Leipziger Urteil. — Lohndruck ist die Parole.

Unter der Überschrift „Kommt die Vernunft?“ haben wir am 5. Januar den Inhalt eines sensationellen Artikels der Öffentlichkeit mitgeteilt, den die Zeitschrift „Ruhr und Rhein“, das Organ der Ruhrhandelskammern und des Bergbauvereins, veröffentlicht hatte. In diesem sensationellen Artikel wurde gefordert, daß die Unternehmer den Lohnforderungen der Gewerkschaften mit Preisentzügen begegnen könnten. Wenn Lohnsenkungen im Einzelfall zu tatsächlichen Verlusten führen, dann sei es besser, die Verluste freiwillig durch Senkung der Preise zu tragen, wodurch die Abhängigkeiten erweitert werden. Eine derartig aktive Lohnpolitik der Industrie sehe den Willen und die Entschlossenheit der Unternehmer voraus, auch ohne die Möglichkeit sofortiger Preisausgleiches zeitweise Verluste zu übernehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß einzelne Unternehmungen dabei zugrunde gehen. Diese schon deutlich gegen die Kartellpolitik gerichteten Forderungen wurden durch einen direkten Angriff auf die Kartelle noch verschärft. Bei aller Wertschätzung der wirtschaftlich gefundenen Seiten der Kartellorganisation führe die in den Kartellen begründete Versicherung auf Gegenseitigkeit als Dauererscheinung zu einer Verwechslung und Verminderung der persönlichen Initiative, weshalb versucht werden müsse, die Kartellstrukturen nach und nach wieder abzuwerfen und das Einzelunternehmen wieder auf eigene Füße zu stellen. Das sei notwendig, weil die Reinigungsphase der deutschen Wirtschaft noch nicht vorüber sei und eine weitere Austese noch erfolgen müsse, die von den gefundenen Unternehmungen um so besser überwunden werde, je schneller sie kommt und je schärfer sie bewußt herbeigeführt wird.

Wir haben seinerzeit diese wahrhaft sensationellen Erklärungen des repräsentativen Organs des Ruhrkapitals begrüßt. Wir haben gesagt, daß die Arbeiterschaft niemals einen Zweifel darüber gelassen habe, daß sowohl das volkswirtschaftliche als auch das sozialpolitische Interesse der Arbeiterschaft, sofern eine Erhöhung der Realeinkommen notwendig ist, sich durch Preisentzügen ebenso befriedigen lasse wie durch nominelle Erhöhungen der Löhne. Wir haben auf die Bedeutung der offensiblen Kartellmüdigkeit großer Ruhrunternehmungen hingewiesen und auf die begriffliche Steptis, daß man durch Preisentzügen nicht mehr weiterkommen könne. Wir mußten aber die Frage offen lassen, ob hinter den Anschauungen von Rhein und Ruhr auch die repräsentativen Männer des Ruhrkapitals selber stünden, und haben auf eine Antwort gewartet. Diese Antwort ist jetzt da.

Die Antwort (im 1. Februarheft von „Rhein und Ruhr“) ist um so bedeutungsvoller, als sie von Herrn Dr. Schlenker selbst gegeben wird, des Geschäftsführers der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in eigener Person, also jenes Mannes, der auch für die Führung der Ruhrarbeitskampfs als voll verantwortlich angesehen werden kann. Das Ruhrkapital betrachtet den Spruch des Reichsarbeitsgerichtes als einen großen, mindestens moralischen Sieg der Unternehmer und der

„Sieger von Leipzig“ selbst hat jetzt also das Wort ergriffen.

Aber die von Herrn Dr. Schlenker gegebene Antwort ist ein geller Pfeil mit dem die vor vier Wochen fast müßig überprüngen Schranken, die bisher die deutschen Unternehmer von der wirtschaftlichen Vermittlung trennten, wieder gegen die wirtschaftliche Vermittlung vorgezogen werden. In dieser Antwort wird der Wechsel von Leipzig, wie ihn die Ruhrleute auflassen, der Öffentlichkeit präsentiert, und die Öffentlichkeit soll mit ihrer Unterschrift auf diesem Wechsel ihr Einverständnis damit beglaubigen, daß nicht, wie es vor dem Leipziger Spruch hieß, Preisentzügen Lohnsenkungen verhindern sollen, sondern daß Lohnsenkungen Preisentzügen vorhergehen sollen. Also genau das Gegenteil von dem, was vor vier Wochen wenigstens die Ansicht sehr einflussreicher Kreise an der Ruhr zu sein schien.

Die Aufforderung von „Ruhr und Rhein“, Lohnsenkungen durch Preisentzügen zu verhindern, wird als „Idealismus und hoffnungsvoller Glaube an die Kraft des wirtschaftlichen Liberalismus“ gekennzeichnet und damit als unpraktisch und irrig deklariert. „Im Rebell staatssozialistischer planwirtschaftlicher Ideologien und Phantastereien“ sei dafür kein Platz. Nach dem Worte „Hannemann, geh du voran“ wird verlangt, daß lohnpolitische Opfer, nämlich „durch Senkung der Selbstkosten und Senkung der Preise eine neue Konjunktur anzukurbeln“, einer Preisentzügen voranzugehen haben und es wird abgelehnt, daß eine Abfederung durch eine vorangehende Einkommens- und Verbrauchserhöhung möglich wäre. Es wird verneint, daß die Unternehmer mit Preisentzügen Lohnbewegungen begegnen könnten, denn „bei den Gewerkschaften, der Arbeiterschaft, den politischen Parteien und der amtlichen Wirtschaftspolitik“ fehle das „ausreichende Verständnis für die Notwendigkeit rein sachlicher Wirtschaftsführung“. Beweislos wird behauptet, daß die bei den Unternehmern (nach Schlenker) tatsächlich vorhandene Vernunft in der praktischen Betätigung und Entfaltung durch eine rücksichtslose Interessenpolitik der Gewerkschaften gehemmt und behindert werde.

Es wird dann versucht, den Spruch von Leipzig, der eine reine Rechtsentscheidung war, als Beweis für die materiell-wirtschaftliche Falschheit der den inländischen Kartell stützenden Lohnpolitik der Gewerkschaften auszuweisen. Ohne den Versuch einer Beweisführung wird unterstellt, daß es angeht, daß der Arbeitskampf der letzten Jahre ganz gleich sei, welche Politik die Wirtschaft verfolgt, da sie immer ins Unrecht gesetzt werde, wie sie es auch mache. Herr Dr. Schlenker verschweigt und bemäntelt, daß die Unternehmer es ja noch niemals versucht haben, Lohnforderungen mit Preisentzügen zu begegnen, und daß die Erprobung des öffentlichen Urteils auf ein solches Exempel immer noch fehlt.

Herr Dr. Schlenker präsentiert dann den Wechsel für das Leipziger Urteil in aller Form: „Wo fehlt es“, fragt er, „an der vernunftgemäßen Gesinnung, um einer sachlichen Wirtschaftspolitik die Wege zu ebnen? Nicht bei der Wirtschaft, nicht bei den Unternehmern und den von ihnen gewählten Organisationen, sondern bei den Gewerkschaften und den ihrem politischen Einfluß unterliegenden politischen Gewalten, die nicht um der Wirtschaft willen, sondern zu Ruh und Frommen falsch verstandener eigener Interessen seit Jahr und Tag eine Politik der Selbstkostenverhöhung vorwärts treiben, die aller wirtschaftlichen Vernunft schließt.“ Damit wird die vor vier Wochen von „Ruhr und Rhein“ proklamierte Vernunft über Bord geworfen bis ins letzte.

Die Abgabe an die Vernunft.

Diese Erklärungen von Herrn Dr. Schlenker, des Geschäftsführers der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, ist die ganz klare Abgabe an den Weg,

durch Preisentzügen die Erhöhung der Nominallohne zu verhindern und ohne nominelle Lohnsteigerungen die notwendige Erhöhung der Realeinkommen zu sichern. Es ist die Abgabe an den Gedanken, die bisherige Kartellwirtschaft im volkswirtschaftlichen Interesse von ihrer jetzigen Funktion, eine gegenseitige Versicherung mit Faustpreisen zu sein, zu reinigen. Es ist die Abgabe an die von „Ruhr und Rhein“ vor vier Wochen geforderte Bereitschaft, zu noch kommenden unvermeidlichen Reinigungsströmen der Wirtschaft ehrlich ja zu sagen, auch wenn die Unternehmer dafür Opfer zu bringen haben.

Herr Dr. Schlenker von der Nordwestlichen Gruppe spricht nicht für keine Person. Er ist der Dolmetsch einer im Ruhrkapital durch das Leipziger Urteil wahrscheinlich wieder vorherrschenden Stimmung und sagt, was diese Stimmung heute, nach dem Urteil von Leipzig, denkt und fordert. Und diese Forderungen des Ruhrkapitals sind einfach: der Gedanke der inländischen Kaufkraft- und Marktstärkung durch Preisentzügen wird abgelehnt, die Erhöhung der Leistungsfähigkeit und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Wege des Lohndrucks und der privaten Kapitalbildung auf Kosten der Arbeiterschaft wird proklamiert.

Das sind die einfachen Konsequenzen, die das Ruhrkapital aus

dem Urteil von Leipzig für die Politik der deutschen Unternehmer zieht. Was darüber hinaus von Herrn Dr. Schlenker gesagt wird, sind verjüngliche, aber durchsichtige Verbrämungen, mit denen die deutsche Öffentlichkeit für diese zukünftige Unternehmerpolitik in Deutschland gefangen werden soll.

Eine Tür, die vor vier Wochen unerwartet aufgestoßen schien und die dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft wirklichen Nutzen hätte bringen können, ist wieder zugeschlagen worden. Obwohl der Leipziger Spruch nicht das allergeringste ändert an den schwierigen Lösungen der Reparations- und Wiederaufbauprobleme, obwohl der Leipziger Spruch nur einem sehr beschränkten Justamentsstandpunkt beschränkter Leute schmeicheln kann, wird er zum Ausgangspunkt gemacht für den Verlust einer sozialpolitischen Unterdrückungspolitik, die volks- und sozialwirtschaftlich nur zu neuen Katastrophen führen kann. Wir stellen hiermit die Verantwortlichkeit des Ruhrkapitals fest für den Fall, daß entgegen dem volkswirtschaftlichen Gesamtinteresse die sozialen Kämpfe sich wieder verschärfen werden, statt daß sie sich hätten mildern können, wie es durch die Absicht, Lohnforderungen durch die Senkung des Preis- und Lebenshaltungsniveaus überflüssig zu machen, möglich gewesen wäre.

## Fast 150 Millionen verdient.

2,5 Milliarden Gesamtumsatz bei den Vereinigten Stahlwerken.

Die bereits im Herbst vorigen Jahres veröffentlichten Abschlüsse der Stahl- und Zechenkonzerne Hoesch, Kieldner und Han'el (Gute Hoffnungshütte) lassen erkennen, daß die deutsche Montanindustrie im Jahre 1928 keineswegs unwirtschaftlich gearbeitet hat. Zur endgültigen Beurteilung der Lage in der schweren Industrie fehlten jedoch noch Abschluß- und Geschäftsbericht des Stahltrusts, der Vereinigten Stahlwerke in Düsseldorf, die

das mächtigste Montanunternehmen in Europa sind.

Vor einigen Wochen bereits wurden die wichtigsten Abschlüssziffern des Stahltrusts bekanntgegeben, denen jetzt die Veröffentlichung des Geschäftsberichts folgt. Wenn die Verwaltung des Stahltrusts einleitend zum Ausdruck brachte, daß das erste Geschäftsjahr von April bis September 1928 noch im Zeichen der unmittelbar erfolgten Gründung des Trusts gestanden, das zweite Geschäftsjahr 1928/27 bei steigender Konjunktur das Unternehmen ergiebig und der Aufbau des Trusts sich auch jetzt in einem schwierigen Jahre sinkender Konjunktur bewährt habe, so ist zunächst hinter die Feststellung der sinkenden Konjunktur bis zum 30. September 1928 ein Fragezeichen zu setzen. Der Gesamtumsatz konnte sich gegenüber der Hochkonjunktur des Vorjahres noch verbessern; denn er erhöhte sich bei den Stammwerken von 1,41 auf 1,43 Milliarden und bei den Beteiligungen von 900 auf 1100 Millionen.

Der Gesamtumsatz ist also von 2,31 auf 2,53 Milliarden gestiegen.

Allerdings hat der nachlassende Bedarf des Inlandes eine Senkung des Umsatzes in Deutschland von 972 auf 958 Millionen herbeigeführt, dagegen erhöhte sich der Umsatz an das Ausland von 444 auf 479 Millionen. Dementsprechend haben sich auch die Produktionsleistungen in den einzelnen Betrieben nicht unbedeutend erhöht. So betrug die

	1926/27	1927/28	
Steinkohlenförderung	26,0 Mill. To.	26,45 Mill. To.	+ 1,5%
Kokszeugung	8,2	9,4	+ 16%
Roheisenerzeugung	6,35	6,51	+ 2,5%
Rohstahlerzeugung	6,83	6,94	+ 1,6%
Walzwerksproduktion	4,99	5,11	+ 4%

## Die Wirtschaft im Januar.

Nach den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammern war im Januar 1929 der Absatz an Ruhrkohle etwas befriedigender. In Obereschlesien hielt die günstige Absatzlage an; das gleiche gilt für den Ruhrabfall. In der eisenverarbeitenden und vor allem in der eisenverarbeitenden Industrie zeigte sich die rückläufige Konjunktur weiter fort. Die chemische Industrie verzeichnet einen etwas lebhafteren Geschäftsgang. In der elektrotechnischen Industrie dagegen ging der Auftragsbestand zurück. In den Verbrauchsgüterindustrien ließ die Beschäftigung fast durchweg und zum Teil ganz erheblich nach, wodurch sich die außerordentlich hohe Zahl der Arbeitslosen erklären dürfte. Die erhoffte Besserung in der Textilindustrie ist nicht eingetreten. Das Ergebnis der Ausverkäufe blieb hinter den Erwartungen zurück.

## Großbankfusion durchgeführt.

Mitteldeutsche und Commerzbank.

Ueber die Fusionsverhandlungen zwischen der Commerz- und Privatbank und der Mitteldeutschen Bank wird jetzt von den Beteiligten mitgeteilt, daß die Generalversammlungen am 28. Februar die Zusammenlegung beschließen werden. Die Aktien der Mitteldeutschen Bank sollen gegen Aktien der Commerz- und Privatbank im Verhältnis von 1:1 umgetauscht werden. Um diese Aktion durchzuführen, erhöht die Commerz- und Privatbank ihr Kapital um 15 Millionen auf 75 Millionen Mark. Die Commerzbank muß also einen großen Posten Mitteldeutsche-Bank-Aktien besitzen, sonst hätte die Kapitalerhöhung reichlicher ausfallen müssen.

Bekannt ist, daß einer Fusion zwischen den beiden Banken vor allem Personenzagen entgegenstanden. Man hat sich jetzt dahin geeinigt, daß der gesamte Aufsichtsrat der Mitteldeutschen in den Aufsichtsrat der Commerzbank übernommen wird. Damit hat die Commerzbank mit 62 Aufsichtsratsmitgliedern den größten Aufsichtsrat unter den deutschen Aktiengesellschaften. Er ist sogar größer als der der Vereinigten Stahlwerke, denen man schon immer vorwarf, daß dieser übersehene Aufsichtsrat, dessen Mitglieder nicht umsonst arbeiten, recht unwirtschaftlich und ein sehr kostspieliger Luxus sei.

Am bemerkenswertesten hierbei ist, daß sogar die Steinkohlenförderung der Ruhrfabriken gesteigert werden konnte, während die Gesamtförderung der Zechen des Ruhrgebiets um 2,6 Proz. im Laufe des Berichtsjahres zurückgegangen ist. Diese Mehrleistungen in den Zechenbetrieben wurden durchgeführt, obwohl die Belegschaft sich um 7 Proz. auf 87 392 Mann verringerte.

So wuchs der durchschnittliche Förderanteil je Mann und Schicht von 1197 auf 1235 Kilo.

also um fast 5 Proz. Da sich auch die Belegschaften in den Stahl- und Walzbetrieben um etwa 4300 Mann verringerten, so ist auch in diesen Betrieben eine Leistungssteigerung je Kopf festzustellen. Die gesamte Belegschaft ging bei erhöhter Mengenleistung vom September 1927 bis zum September 1928 weiter von 183 179 auf 172 595 Mann zurück, während die Zahl der Angestellten von 15 740 auf 15 394 sich verringerte. Wenn gegenüber diesen Mehrleistungen das durchschnittliche Jahreseinkommen von 2363 auf 2475 M., also um 4,7 Proz. stieg, so wird auch der Stahltrust nicht davon reden können, daß die Entwicklung der Löhne-unverhältnismäßig sei.

Obwohl nach den überlauten Klagen der Montanindustrie eine Senkung der Gewinnziffern nicht übersehen hätte, ist diese beim Stahltrust nicht eingetreten. Der Rohgewinn hat sich sogar von 280 auf 289 Millionen erhöht, und zieht man hieron die Zinsen für die Anleihen, die Steuern und die Soziallasten ab, so ergibt sich einschließlich der Abschreibungen

ein Verdienst von rund 150 Millionen.

Aus dem ausgemessenen Reingewinn von 52,5 Millionen werden, wie im Vorjahre, wieder 6 Proz. Dividende gezahlt. Die Verwaltung des Stahltrusts behauptet, daß zur Zahlung der Dividende der eigene Produktionsgewinn nicht ausreicht habe und daß auch die Beteiligungsgewinne mit herangezogen werden mußten. Diese Feststellung kann aber für den tatsächlichen Reingewinn nichts besagen, da der Stahltrust die enormen Ausgaben für die Erweiterung seiner Anlagen im großen Umfang aus vorher abgezogenen Gewinnen bezahlte, so daß der Reingewinn wahrscheinlich niedriger erscheint als er ist.

Hoffentlich verfährt man mit dem Personal ebenso großzügig wie mit den Aufsichtsratsmitgliedern. Beide Banken haben ihren Personalbestand für Ende 1927 mit etwa 8530 angegeben. Da eine starke Vereinfachung der Verwaltung, z. B. Zusammenlegung von Doppelfunktionen in Frage kommt, sollen Beamte überflüssig werden.

## Auf Erhöhung der Eisenpreise „verzichtet“.

Der Stahlwerksverband wird die für Deutschland geltenden Eisenpreise nicht erhöhen. Zu dem, was Herr Boensgen auf der Sitzung des Stahlwerksverbandes dazu sagte, ist eine Bemerkung nötig. Herr Boensgen meinte, ein Rückblick auf das abgelaufene Wirtschaftsjahr ergebe deutlich, daß das Anwachsen der Arbeitslosigkeit eine direkte Folge wirtschaftsfremder Schiedsprüche sei. Die Lohnaufbaupolitik des Reichsarbeitsministeriums habe nicht nur den Arbeitgebern, sondern auch den Arbeitnehmern großen Schaden zugefügt.

Herr Boensgen verzicht hierbei zweifellos. Einmal, daß die deutsche Wirtschaft im Jahre 1928 bei weitem nicht genug neues Kapital erhalten hat, — das deutsche kann noch nicht reichen —, um die noch immer erforderliche Verbesserung und Verbilligung der Produktion und damit die zunächst auf Kredit durchzuführende Vergrößerung des Absatzes durchzuführen. Lohnsenkungen können fehlendes Kapital beim Wiederaufbau der Wirtschaft noch nicht ersetzen, sind aber deshalb noch nicht entbehrlich. Er verzicht weiter, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit zum großen Teil auch psychologische Ursachen hat, weil die ungeklärte Reparationsfrage die Unternehmungslust allgemein seit vielen Monaten behindert. Die Lohnpolitik für die verstärkte Arbeitslosigkeit verantwortlich zu machen, ist also im allerhöchsten Maße unvorsichtig.

Herr Boensgen hält sich aber auch zugute, daß die Eisenindustrie die Eisenpreise nicht erhöhe, obwohl an sich ein Ausgleich mit den Kosten notwendig wäre. Die Nichterhöhung der Eisenpreise ist gewiß zu begrüßen. Aber Herr Boensgen hätte hinzufügen sollen, daß höhere Eisenpreise den schlechten Inlandsmarkt weiter verschlechtert hätten, ohne die Abhängigkeiten im Ausland, die ohnehin günstig sind, verbessern zu können. Die Bescheidenheit der Eisenindustrie ist also weitgehend zwangsläufig und kein Verdienst.

Ueber 1 Milliarde Mark Reingewinn bei General Motors. Der Reingewinn der General Motors Corporation stellt sich 1928 auf 279 Millionen Dollar gegen 235 Millionen Dollar 1927.



